

Türkei: Rückkehrmöglichkeiten für die Bewohner*innen des Lagers Makhmour

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 19. Dezember 2025

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
IBAN : CH92 0900 0000 3000 1085 7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT
© 2025 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Das Flüchtlingslager von Makhmour	4
3	Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK	7
4	Rückkehr kurdischer Flüchtlinge in die Türkei	10
5	Rechtlicher Status der Bewohner*innen des Lagers	12
6	Rückkehrhilfe aus der Schweiz	15
7	Quellen	16

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Exper*tinnen und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expert*innen beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Inwieweit beeinflussen die jüngsten Entwicklungen in den Beziehungen zwischen der Türkei und der PKK (insbesondere die teilweise Niederlegung der Waffen der PKK im Nordirak im Juli 2025 und die Erklärungen von Abdullah Öcalan vom August 2025, die den Bewohner*innen des Lagers Makhmour die Möglichkeit einer Rückkehr in die Türkei in Aussicht stellen), die Wahrnehmung der türkischen Behörden von den Bewohner*innen des Lagers Makhmour?
2. Sind bei einer Rückkehr in die Türkei die Risiken von Verhaftung und Strafverfolgung (durch die türkischen Behörden) für Personen, die ihr ganzes Leben im Lager Makhmour verbracht haben, aufgrund der jüngsten Entwicklungen in den Beziehungen zwischen der PKK und der Türkei deutlich geringer geworden?
3. Inwieweit kann eine vierköpfige Familie, deren beide Erwachsenen fast ihr ganzes Leben im Lager Makhmour verbracht haben und deren Mitglieder nicht im türkischen Personenstandsregister eingetragen sind, damit rechnen, türkische Ausweispapiere zu erhalten?
4. Könnte diese Familie konkret vom Reintegrationshilfeprogramm (EU Reintegration Programme – EURP) profitieren, das seit 2022 in der Türkei von der NGO IRARA (International Returns and Reintegration Assistance) in Zusammenarbeit mit der lokalen NGO Y-SYD (Assistance, Solidarity and Support for Refugees and Asylum Seekers) eingerichtet wurde, um in die Türkei zurückzukehren?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in der Türkei seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expert*innen und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Das Flüchtlingslager von Makhmour

Zwischen 8'000 und 14'000 Kurd*innen aus dem Südwesten der Türkei leben im Lager Makhmour. Das 1998 gegründete Lager befindet sich im irakischen Kurdistan. Laut *Middle East Eye* (MEE) beherbergt das Ende der 1990er Jahre gegründete Lager Makhmour kurdische Personen, die während der Evakuierungen und Kämpfe zwischen türkischen Streitkräften und der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) aus dem Südosten der Türkei geflohen sind. Das Lager befindet sich in einem Gebiet, das zwischen der irakischen Zentralregierung und der Regionalregierung Kurdistans (KRG) umstritten ist (MEE, 11. August 2025). Die Schätzungen zur Bevölkerungszahl variieren je nach Quelle erheblich: Einem Bericht des *Finish Immigration Service* (FIS) zufolge lebten seit Anfang der 1990er Jahre etwa 13'000 türkische Staatsbürger*innen kurdischer Herkunft im Lager und anderen Gebieten der Provinzen Erbil und Dohuk, wobei die aktuellen Zahlen auf 12'000 bis 14'000 Personen geschätzt werden

1 <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslanderberichte>.

(FIS, 20. Oktober 2025). MEE und der *Middle East Monitor* (MEMO) sprechen von jeweils mehr als 12'000 Einwohner*innen (MEE, 11. August 2025; MEMO, 25. Mai 2023). Andere Quellen nennen niedrigere Zahlen: *Radio France International* (RFI) schätzt 8000 Einwohner*innen (RFI, 14. März 2025), ein Vertreter des *Kurdish Centre for Human Rights* (Kurd-CHR) etwa 8500 (*Kontaktperson A*, 6. Dezember 2025) und *Rudaw*, ein in Irakisch-Kurdistan ansässiges Medienunternehmen, auf etwa 10'000 Bewohner*innen (*Rudaw*, 9. September 2025). Das Lager liegt südwestlich von Erbil an der Grenze zwischen den Provinzen Ninive und Erbil, erstreckt sich über 20 Kilometer und verfügt über ein Gesundheitszentrum, eine Schule und Einrichtungen, die von der UNO und europäischen Organisationen gebaut wurden (MEMO, 25. Mai 2023; *Rudaw*, 9. September 2025). Da das Lager seit 1998 besteht, sind dort mehrere Generationen geboren. Die Geburten von Kindern im Lager Makhmour werden nicht bei den türkischen Behörden registriert, unabhängig davon, ob es sich um Kinder von Flüchtlingen oder um Kinder von Menschen handelt, die selbst im Lager geboren sind (ACCORD, 9. Februar 2024).

Das Lager ist eine Quelle von Spannungen zwischen der Türkei und dem Irak. Die Türkei betrachtet die Bewohner*innen eher als Mitglieder der PKK denn als Flüchtlinge. Luft- und Drohnenangriffe der Türkei auf das Lager. Laut MEE ist das Lager seit langem eine Quelle von Spannungen zwischen Ankara und Bagdad (MEE, 11. August 2025). Laut *Wladimir van Wilgenburg*, Journalist und anerkannter Experte für die kurdische Region, stellt das Lager in der Tat ein Problem für die irakischen Behörden dar, insbesondere weil sich dort PKK-Kämpfer*innen, aufhalten und das Lager wiederholt Ziel türkischer Luftangriffe wird (*Wladimir van Wilgenburg*, 12. August 2025; *Wladimir van Wilgenburg*, 18. Mai 2025). Im Jahr 2021 berichtete *Voice of America* (VOA), dass die Türkei die Bewohner*innen des Lagers Makhmour eher als potenzielle Mitglieder der PKK denn als Flüchtlinge betrachte. VOA zitierte insbesondere den türkischen Aussenminister Mevlut Cavusoglu, der sich an die irakischen Behörden wandte, die für die Überwachung des Lagers zuständig sind, und sie aufforderte, das Lager von PKK-Mitgliedern zu säubern, indem er sagte: «Ihr müsst diesen Ort säubern (...) Wenn ihr das nicht schafft, werden wir es tun» (VOA, 21. Juni 2021). Laut MEMO betrachtet die Türkei das Lager als Zentrum der PKK-Aktivitäten und hat mehrere Luftangriffe in der Region durchgeführt, wobei Präsident Erdogan 2021 sogar damit gedroht hat, dieses Lager «zu säubern» (MEMO, 25. Mai 2023). Auch MEE geht davon aus, dass die Türkei das Lager als Hochburg der PKK betrachtet und behauptet, es diene der Organisation als Rekrutierungs-, Ausbildungs- und Logistikzentrum. Die türkischen Behörden behaupten seit Jahren, dass der Einfluss und die Ideologie der PKK im Lager vorherrschend seien. Die Türkei hat regelmässig Angriffe auf die Umgebung des Lagers geflogen und behauptet, es beherberge «bewaffnete Terroristen» (MEE, 11. August 2025). Laut einem gemeinsamen Bericht der *Bewegung gegen Rassismus und für Völkerfreundschaft* (MRAP) und des *Kurdischen Zentrums für Menschenrechte* (Kurd-CHR) wurde das Flüchtlingslager Makhmour am 5. Juni 2021 bombardiert, wobei drei Zivilpersonen getötet wurden. Das Lager wurde ausserdem am 29. August 2022 von einer Drohne angegriffen, wobei Abdullah Abid, Vater von sechs Kindern, ums Leben kam (MRAP & Kurd-CHR, 2025). *Rudaw* bestätigt, dass das Lager Luftangriffen und Drohnenangriffen der Türkei ausgesetzt war, die von der Türkei mit der Tatsache gerechtfertigt wurden, dass das Lager eine Hochburg der PKK sei, wobei Präsident Erdogan es als «Brutstätte des Terrorismus» bezeichnete (*Rudaw*, 9. September 2025). Laut *Les clés du Moyen-Orient* war das Lager zu einem der wichtigsten Zentren für personelle, logistische und politische Unterstützung der Bewegung im Irak geworden. Die Türkei führte mehrere Angriffe auf das Lager durch, da dort mutmasslich bewaffnete Kämpfer der PKK stationiert waren (*Les clés du Moyen-Orient*, 31. Oktober 2025). Bei einem Besuch des Lagers im März 2025

berichteten Bewohner*innen gegenüber RFI, dass etwa 500 Kinder aus dem Lager bei der Verteidigung der kurdischen Sache ums Leben gekommen seien. Das letzte Kind sei im Februar 2025 während der Kämpfe zwischen der PKK und der Türkei in Irakisch-Kurdistan ums Leben gekommen (RFI, 14. März 2025).

Die PKK soll sich aus dem Lager Makhmour zurückgezogen haben, das nun von den irakischen Behörden kontrolliert wird. Es gibt widersprüchliche Informationen über die Präsenz der PKK im Lager. Laut *Rudaw* hat die PKK erklärt, Kämpfer*innen im Lager stationiert zu haben, um es vor Angriffen des Islamischen Staates zu schützen, sich aber im Oktober 2023 aus dem Lager zurückgezogen (*Rudaw*, 9. September 2025). Laut *Les clés du Moyen-Orient* gab Murat Karayilan, einer der Führer der PKK, Anfang Juli 2025 bekannt, dass die kurdische Organisation ihre Streitkräfte im Rahmen des Friedensprozesses aus dem Lager abgezogen habe (*Les clés du Moyen-Orient*, 31. Oktober 2025). MEE berichtet ausserdem, dass Anfang August 2025 ein hochrangiger PKK-Kommandeur erklärte, die Gruppe habe sich unter dem Druck der irakischen Streitkräfte aus dem Lager zurückgezogen und ihre Stellungen an die irakischen Behörden übergeben (MEE, 11. August 2025). Laut *Wladimir van Wilgenburg* steht das Lager bereits seit 2017 unter der Kontrolle der irakischen Regierung (*Wladimir van Wilgenburg*, 12. August 2025).

Druck auf die Bewohner*innen und Embargo seit 2019. Die Bewohner*innen haben eingeschränkte Bewegungsfreiheit und nur begrenzten Zugang zu lebensnotwendigen Gütern im Lager. Laut dem Bericht von MRAP & Kurd-CHR hat die KRG seit 2016 unter dem Druck der türkischen Behörden ihrerseits Druck auf die Flüchtlinge in Makhmour ausgeübt. Die Verlegung des UNHCR-Büros aus dem Lager nach Bagdad, die mit den Angriffen des IS begründet wurde, soll diesen Druck noch verstärkt haben (MRAP & Kurd-CHR, 2025). Laut dem Bericht des FIS, der sich auf ANF News (eine PKK-nahe Nachrichtenagentur) bezieht, wurden nach der Ermordung eines Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT im türkischen Konsulat in der Stadt Erbil im Jahr 2019 die Bewegungsfreiheit der Bewohner*innen des Flüchtlingslagers Makhmour sowie ihr Zugang zu Gesundheitsdiensten eingeschränkt (FIS, 20. Oktober 2025). Laut MEMO ergriff die irakische Armee im Mai 2023 Massnahmen, um die Aktivitäten der PKK im Lager besser zu kontrollieren, darunter die Rekrutierung von Jugendlichen, die Lagerung von Waffen und die Einrichtung von Medienzellen (MEMO, 25. Mai 2023). Laut ANF News, das Nûdem Yaman, die Co-Vorsitzende des Volksrats des Flüchtlingslagers, zitiert, hat die irakische Regierung seit dem 10. April 2025 ein Embargo über das Lager verhängt. Infolgedessen sind Baumaterialien, Medikamente und Bildungsmaterialien verboten. Der Zugang zu vielen lebensnotwendigen Gütern, darunter auch Lebensmitteln, ist ebenfalls blockiert, was zu grossen Schwierigkeiten im Lager führt. Der Bericht des FIS bezieht sich auch auf das Online-Magazin RojNews, wonach die irakische Zentralregierung und die KRG gemeinsam Reisebeschränkungen für die Bewohner*innen verhängt hätten, was zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen im Lager beigetragen habe (FIS, 20. Oktober 2025). Laut *Rudaw* lassen die irakischen Behörden seit dem 10. August 2025 keine Lebensmittel mehr in das Lager. Dies habe zu einem Mangel an lebensnotwendigen Gütern im Lager geführt, insbesondere an medizinischen Hilfsgütern (*Rudaw*, 9. September 2025). Laut dem Bericht von MRAP & Kurd-CHR werden aufgrund des Embargos etwa 400 Studierende im Lager daran hindert, ihre Ausbildung in ihrer Muttersprache fortzusetzen, was sie ihrem Recht auf Bildung beraubt. Der Bericht stellt ausserdem fest, dass die Gesundheitsversorgung unzureichend ist. Die wirtschaftlichen Bedingungen und die von der Regionalregierung Kurdistans verhängten Embargos erschweren den Zugang zur Gesundheitsversorgung, und führen dazu, dass 1100 chronisch kranke Patient*innen sowie 26 Krebspatient*innen die benötigten

Medikamente nicht erhalten. Die Bewohner*innen des Lagers, die keine Ausweispapiere besitzen, können nicht in Städte wie Erbil und Duhok fahren, um dort zu arbeiten (MRAP & Kurd-CHR, 2025). Im August 2025 forderte ein hochrangiger PKK-Kommandeur die irakischen Behörden auf, das gegen das Lager verhängte Embargo aufzuheben, da die PKK sonst erneut Kämpfer*innen entsenden würde, um das Lager zu kontrollieren (*Rudaw*, 9. August 2025).

Verhaftungen von Vertreter*innen des Lagers bei einem Besuch in Bagdad. Die Bewegungsfreiheit der Bewohner*innen wird durch das Fehlen von Ausweispapieren eingeschränkt. Der FIS-Bericht zitiert einen Artikel von ANF News vom Mai 2025, wonach Mitglieder einer Delegation des Rates der Bewohner*innen des Flüchtlingslagers Makhmour, die sich auf dem Weg nach Bagdad befanden, auf dem Rückweg festgenommen wurden, nachdem sie sich mit dem irakischen Justizministerium getroffen hatten. Ziel dieses Treffens war es, die seit dem 10. April 2025 von der irakischen Zentralregierung verhängte Blockade des Lagers Makhmour sowie die Frage der Erneuerung der Ausweise zu diskutieren (FIS, 20. Oktober 2025). Laut ANF News werden die Bewohner*innen regelmässig unter dem Vorwand festgenommen, dass sie keine Ausweispapiere besitzen. Im Mai reiste eine Delegation von Lagerverwalter*innen nach Bagdad, um eine Lösung zu finden, wurde jedoch schliesslich 37 Tage lang festgehalten (ANF News, 23. September 2025). *Rudaw* berichtet unter Berufung auf eine*n Bewohner*in des Lagers, dass am 24. August 2025 zehn Bewohner*innen des Lagers in Bagdad festgenommen und inhaftiert wurden, als sie sich auf der Suche nach Arbeit in die Hauptstadt begeben hatten. Die irakischen Behörden verbieten den Bewohner*innen des Lagers offenbar, sich in andere Provinzen des Landes zu begeben, sei es, um Arbeit zu suchen, sich medizinisch versorgen zu lassen oder Kurse zu besuchen. Da die Bewohner*innen ihre Flüchtlingsdokumente nicht verlängern konnten, dürfen sie die Kontrollpunkte nicht passieren. Die irakischen Behörden bestreiten ihrerseits, den Bewohner*innen Reisebeschränkungen auferlegt zu haben. Der Sprecher des Ministeriums für Migration und Vertriebene, Ali Abbas, erklärte im Juli gegenüber *Rudaw*, dass die Bewohner*innen des Lagers «offiziell beim irakischen Staat registriert sind, keine Probleme haben und sich frei in allen Provinzen bewegen können» (*Rudaw*, 9. September 2025). Laut FIS, die sich auf einen im September 2025 von ANF News veröffentlichten Artikel bezieht, sind die Bewohner*innen des Lagers der Ansicht, dass das Einfuhrverbot für Waren und andere Massnahmen Teil einer gemeinsamen Initiative der Türkei, der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) und der irakischen Zentralregierung sind, sie umzusiedeln (FIS, 20. Oktober 2025).

3 Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK

Im Juli 2025 fand unter Aufsicht der türkischen und irakischen Behörden eine Zeremonie zur Entwaffnung der PKK statt, doch der Friedensprozess ist weiterhin blockiert, da Uneinigkeit über die Freilassung Öcalans und die Reihenfolge der gegenseitigen Zugeständnisse herrscht. Laut *Clés du Moyen-Orient*, einer Informationswebsite über die Geschichte und Aktualität des Nahen Ostens, organisierte die PKK am 11. Juli 2025 unter der Aufsicht der türkischen und irakisch-kurdischen Behörden eine viel beachtete Zeremonie, bei der etwa 30 PKK-Kämpfer*innen im Nordirak ihre Waffen abgaben und zerstörten (*Les clés du Moyen-Orient*, 31. Oktober 2025). Laut der vom FIS zitierten Zeitung *Hürriyet*, wurde im Irak eine dreistufige Überwachung der Entwaffnung eingerichtet, bestehend aus dem türkischen Geheimdienst (MIT), der KRG und der irakischen Zentralregierung (FIS, 20. Oktober

2025). Die Nachrichtenwebsite *The National Context*, ein auf die Kurdenfrage spezialisiertes Analyse-Medium, bestätigt, dass die türkische Armee und die türkischen Geheimdienste im Rahmen des Friedensprozesses «Überprüfungsmechanismen» eingerichtet haben, um die Umsetzung zu überwachen (The National Context, 30. November 2025). Für *Les Clés du Moyen-Orient* sind diese Entwicklungen zwar ermutigend und stellen wichtige Fortschritte auf dem Weg zum Frieden dar, doch ist dieser noch nicht vollständig umgesetzt. Zwar habe die PKK in den letzten Monaten zahlreiche Gesten des guten Willens gezeigt, doch habe sie wiederholt die mangelnde Kooperationsbereitschaft der türkischen Behörden kritisiert, insbesondere die fortdauernde Inhaftierung von Abdullah Öcalan, dessen Freilassung von den PKK-Aktivist*innen als eine der Bedingungen für die vollständige Auflösung ihrer Organisation gefordert wurde. Der Friedensprozess scheint gemäss *Les Clés du Moyen-Orient* blockiert zu sein: Während die PKK eine Verbesserung der Situation Öcalans sowie türkische Reformen erwartet, die die Wiedereingliederung der Kämpfer*innen und die Achtung der kulturellen Rechte der Kurden garantieren, bevor sie eine allgemeine Entwaffnung in Betracht zieht, lehnen die türkischen Behörden jede Reform oder Garantie ohne vorherige Auflösung und bedeutende Entwaffnung der PKK ab (*Les clés du Moyen-Orient*, 31. Oktober 2025).

Die Türkei bereitet unter der Bedingung der Auflösung der PKK ein Gesetz für die schrittweise Rückkehr Tausender PKK-Mitglieder aus dem Irak vor. Dieses sieht Schutz, aber keine allgemeine Amnestie vor. Die Verfolgung wegen «Terrorismus» geht weiter und die Vorschläge zur Rückkehr bleiben vage. Laut *Reuters* bereitet die Türkei ein Gesetz vor, das die Rückkehr von Tausenden von PKK-Kämpfer*innen und Zivilpersonen aus dem Nordirak ermöglicht, was ein wichtiger Schritt des Friedensprozesses wäre. Den von der Nachrichtenagentur konsultierten Quellen zufolge würde dieses Gesetz die in die Türkei zurückkehrenden Personen schützen, aber keine allgemeine Amnestie für begangene Verbrechen gewähren. Die Rückkehr würde in mehreren Etappen erfolgen: zunächst etwa 1000 Zivilpersonen, und nach individueller Prüfung etwa 8000 Kämpfer*innen, wobei gegen einige von ihnen möglicherweise ermittelt wird. Etwa 1000 hochrangige Aktivist*innen würden in Drittländer geschickt. Der Entwurf könnte dem türkischen Parlament bereits im November 2025 vorgelegt werden, jedoch erst nach der vollständigen Auflösung der PKK und der Abgabe der Waffen (*Reuters*, 7. November 2025). Laut einer E-Mail-Auskunft einer *Kontaktperson mit anerkanntem Expertenwissen zur Türkei und zur Kurdenfrage (Kontaktperson B)* vom 12. Dezember 2025 an die SFH, kursieren Gerüchte, dass der derzeitige Verhandlungsprozess mit der PKK eine Amnestie beinhalten würde. Meinungsumfragen deuteten jedoch darauf hin, dass die Mehrheit der Türk*innen mit der Vorstellung eines Zustroms von PKK-Anhänger*innen unzufrieden ist. Derzeit gebe es noch keine Anzeichen dafür, dass der Verhandlungsprozess zu einer Amnestie führen wird, geschweige denn, dass diese auch die Bewohner*innen des Lagers Makhmour einschliessen würde. Laut dieser *Kontaktperson* hat der türkische Staat die PKK jahrzehntelang als brutale Terrororganisation dargestellt und damit in der Bevölkerung weit verbreiteten Widerstand gegen die Rückkehr von PKK-Aktivist*innen in die Türkei und gegen jegliche Zugeständnisse bezüglich Rechte von Kurd*innen ausgelöst. Obwohl es ein Programm gebe, das es PKK-Mitgliedern ermöglicht, sich zu ergeben, daure die Verfolgung (Inhaftierung, Folter, Strafverfolgung) von Tausenden von Personen an, die des «Terrorismus» beschuldigt werden. Es würde darüber diskutiert, peripheren Mitgliedern der Bewegung die Rückkehr in die Türkei zu ermöglichen und gleichzeitig die aktiven Führer*innen der PKK, die sich derzeit im Nordirak aufhalten, in ein Drittland zu schicken, wobei sich kein Land bereit erklärt habe, sie aufzunehmen. Devlet Bahçeli, Vorsitzender der ultranationalistischen MHP, habe erklärt, dass diejenigen, die nicht in «Verbrechen» verwickelt

seien, zurückkehren könnten, ohne jedoch zu präzisieren, was er unter « Verbrechen » verstehe (*Kontaktperson B*, 12. Dezember 2025).

Die irakisch-kurdischen Parteien unterstützen den Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK, um die Region zu stabilisieren und den Rückzug der Kämpfer*innen sowie die Wiedereingliederung von ehemaligen Aktivist*innen zu erleichtern. Laut *Wladimir van Wilgenburg* könnte der Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK, sollte er erfolgreich sein, einen erheblichen Einfluss auf die Zukunft von Irakisch-Kurdistan sowie auf die Beziehungen zwischen dem Irak und der Türkei haben (*Wladimir van Wilgenburg*, 12. August 2025). *Wladimir van Wilgenburg* ist der Ansicht, dass die beiden wichtigsten politischen Parteien in Irakisch-Kurdistan, nämlich die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) und die Patriotische Union Kurdistans (PUK), den Friedensprozess aktiv unterstützen. Sie hofften, dass dessen Umsetzung, insbesondere der Abzug der rund 5000 Kämpfer*innen der PKK und der türkischen Streitkräfte (die mehr als 200 Stellungen in der Region besetzen) aus ihren Gebieten zur Stabilisierung der Region beitragen, die lokale Wirtschaft und den Tourismus in den 400 evakuierten Dörfern der Provinz Duhok wieder ankurbeln und das Problem des Lagers Makhmour lösen wird. *Van Wilgenburg* ist der Ansicht, dass die PDK ihre Verbindungen zu Ankara nutzen könnte, um den Bewohner*innen entweder eine sichere Rückführung in die Türkei oder eine dauerhafte Ansiedlung in Irakisch-Kurdistan anzubieten, mit dem Ziel, dieses Lager letztendlich zu schliessen. Beide Parteien schlagen insbesondere vor, ehemalige PKK-Kämpfer*innen, die oft nicht einmal über die für Auslandsreisen erforderlichen Dokumente verfügen, aufzunehmen, indem sie ihnen Aufenthaltsgenehmigungen ausstellen und ihre Wiedereingliederung in die Zivilgesellschaft oder ihre Integration in die Peschmerga-Streitkräfte erleichtern (*Wladimir van Wilgenburg*, 18. Mai 2025). *Van Wilgenburg* zitiert Devlet Bahçeli, den Vorsitzenden der Nationalistischen Aktionspartei (MHP), der den Friedensprozess 2024 ins Leben gerufen hat und laut dem der Friedensprozess bis Ende 2025 abgeschlossen sein könnte (*Wladimir van Wilgenburg*, 12. August 2025).

Ein Friedensprozess, der von den Parteien unterschiedlich verstanden wird. Die Türkei strebt ausschliesslich die Entwaffnung der PKK an und lehnt jegliche Reformen in Bezug auf die Rechte der Kurd*innen ab, während die Kurden gleiche Rechte fordern. Laut *Kontaktperson B* ist der aktuelle Verhandlungsprozess mit den Kurden der letzte in einer Reihe von Verhandlungen, die seit Jahrzehnten andauern, ohne dass eine Lösung gefunden wurde. Im aktuellen Prozess führe der Dialog zu keiner Einigung: Der türkische Staat wolle die PKK zwingen, endgültig die Waffen niederzulegen, während die Kurd*innen gleiche Rechte anstrebten. Bislang habe sich der türkische Staat ausschliesslich auf die Entwaffnung der PKK konzentriert und sein Ziel einer «Türkei ohne Terrorismus» bekräftigt, ohne dabei jegliche Zugeständnisse bezüglich der kulturellen und politischen Rechte der Kurd*innen in Aussicht zu stellen. Der parlamentarische Ausschuss, der den Prozess überwachen soll, werde voraussichtlich bis Ende Jahr einen Bericht veröffentlichen, der wahrscheinlich aus einer Rede über das Ende des «Terrorismus» ohne konkrete Vorschläge bestehen werde (*Kontaktperson B*, 12. Dezember 2025). Laut einer E-Mail-Auskunft *einer Forscherin und Beraterin für öffentliche Politik mit langjähriger Erfahrung in der Türkei und in Irakisch-Kurdistan* (*Kontaktperson D*) vom 15. Dezember 2025 an die SFH, besteht die Gefahr, dass der Friedensprozess scheitert, da die Parteien ihn sehr unterschiedlich verstehen. Die türkische Regierung vermeide systematisch den Begriff «Friedensprozess» und definiere ihn als einen Prozess für eine «Türkei ohne Terrorismus». Die Türkei betrachte die Frage in erster Linie als eine Sicherheitsangelegenheit und nicht als eine politische oder menschenrechtliche Frage. Sie behaupte, dass die Rechte der Kurd*innen bereits gewährt würden und das

«Kurdenproblem» gelöst sei. Die türkische Regierung sehe diesen Prozess nicht als mit der Kurdenfrage verbunden, sondern lediglich als Beseitigung einer terroristischen Organisation. So habe sie die Vorstellung, dass der Prozess demokratische Reformen, Identitätsrechte oder Verhandlungen über kurdische politische Forderungen beinhaltet, ausdrücklich zurückgewiesen (*Kontaktperson D*, 14. Dezember 2025).

4 Rückkehr kurdischer Flüchtlinge in die Türkei

Die Rückkehr der PKK-Kämpfer*innen und Bewohner*innen von Makhmour würde voraussetzen, dass die Türkei Ausweispapiere ausstellt, Unterstützung leistet und Straffreiheit garantiert. Ein Gesetzespaket könnte bis Ende 2025 verabschiedet werden, um diesen Prozess in einem kollektiven Rechtsrahmen zu erleichtern. Laut Walid Jalili, Forscher am Al-Furat-Studienzentrum in Syrien, der im Mai 2025 von der Online-Zeitung *An-Nahar* befragt und vom FIS zitiert wurde, wäre eine Rückkehr der PKK-Kämpfer aufgrund des gegenseitigen Misstrauens zwischen den Parteien kurzfristig schwierig. Er schlug vor, dass der Rückkehrprozess mit den Bewohner*innen des Flüchtlingslagers Makhmour beginnen könnte, was erfordern würde, dass die Türkei ihnen Ausweispapiere ausstellt, den Rückkehrenden wirtschaftliche und soziale Unterstützung bietet und sich verpflichtet, sie nicht zu verhaften oder strafrechtlich zu verfolgen (FIS, 20. Oktober 2025). Für Bewar Amin Tahir, Vertreter des Lagers Makhmour, der von *Associated Press* (AP) zitiert wird, besteht Hoffnung, dass der Friedensprozess den Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat ermöglichen werde. Er betonte jedoch die Notwendigkeit einer echten Beteiligung des türkischen Staates an diesem Prozess, da dieser bisher einseitig zu sein scheine. Tahir räumte jedoch ein, dass selbst in diesem Fall viele Bewohner*innen des Lagers wahrscheinlich nicht in die Türkei zurückkehren könnten (AP, 11. Juli 2025). Laut der linken Nachrichtenwebsite *The New Region* erklärte Abdullah Öcalan in seinem Brief vom 15. Oktober 2025 an den Frauenrat des Lagers Makhmour, dass die Rückkehr der Lagerbewohner*innen in ihre Häuser in der Türkei einem «rechtlichen Rahmen» folgen und auf demokratischen Prinzipien im Rahmen des Friedensprozesses beruhen müsse. In seinem Brief betonte Öcalan, dass «für ihre Rückkehr eine politische, rechtliche und soziale Grundlage geschaffen werden und der Prozess kollektiv in einem politischen und rechtlichen Rahmen angegangen werden muss, anstatt individuell oder auf Basis von Familien» (*The New Region*, 5. Dezember 2025). Laut einer von *The National Context* konsultierten Quelle könnten die Bewohner*innen des Lagers Makhmour nach der Verabschiedung eines Gesetzespakets durch das Parlament, die vor Jahresende geplant ist, Ausweispapiere sowie die Erlaubnis erhalten, in die Türkei zurückzukehren (*The National Context*, 30. November 2025). Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts hat die OSAR keine Informationen gefunden, die bestätigen, dass ein solcher Gesetzentwurf verabschiedet wurde.

Eine Vereinbarung zwischen der Türkei, dem Irak und der KRG sah die Räumung des Lagers Makhmour für September 2025 vor, aber Mitte Dezember war das Lager noch immer nicht geräumt und die schwierigen Bedingungen bestanden weiterhin. Im August 2025 berichtete MEE unter Berufung auf «regionale Quellen», dass die Türkei, der Irak und die KRG eine Vereinbarung zur Räumung des Lagers Makhmour getroffen hätten. Diese Vereinbarung sei Teil der laufenden Friedensgespräche. Die Quellen teilten MEE mit, dass das Lager bis September 2025 vollständig geräumt werden solle. Die Vereinbarung sehe vor, dass einige Bewohner*innen des Lagers im Irak neu angesiedelt würden, während andere in die

Türkei gebracht würden. Personen, die der PKK nahestehen, aber nicht in kriminelle Aktivitäten verwickelt seien, könnten vorübergehend in der Türkei untergebracht werden. MEE berichtet jedoch, dass ein türkischer Beamter, der anonym bleiben wollte, zwar die Existenz eines trilateralen Koordinierungsmechanismus zwischen der Türkei, dem Irak und der KRG bestätigt habe, jedoch nicht bestätigen konnte, dass eine Vereinbarung über die Räumung des Lagers Makhmour getroffen worden sei (MEE, 11. August 2025). Laut *Rudaw* behaupten die Bewohner*innen des Lagers Makhmour, dass sich die schwierigen Bedingungen trotz der Friedensverhandlungen zwischen Ankara und der PKK nicht geändert hätten. Der Druck auf das Lager habe sich sogar noch verstärkt, und es werde «psychologische Kriegsführung» betrieben, um ihnen falsche Hoffnungen zu machen. Ein anonym bleibender Lagerverantwortlicher bestätigte, dass die Politik gegenüber den Bewohner*innen unverändert bleibe: «Eine Evakuierung steht nicht auf der Tagesordnung» (*Rudaw*, 15. August 2025). Les *Clés du Moyen-Orient* gibt ebenfalls an, informiert worden zu sein, dass ein dreiseitiges Abkommen zwischen Ankara, Bagdad und Erbil die Evakuierung und Auflösung des Lagers Makhmour bis September 2025 vorsehe. Diese Quelle weist jedoch darauf hin, dass das Lager Makhmour am 31. Oktober 2025 noch immer nicht evakuiert worden war (*Les clés du Moyen-Orient*, 31. Oktober 2025). Laut *Kontaktperson A* ist die Räumung des Lagers eines der Themen, die in der Türkei derzeit verhandelt werden, doch laut der Lagerverwaltung hatte sich bis Mitte Dezember 2025 noch nichts geändert (*Kontaktperson A*, 6. Dezember 2025). Laut *Kontaktperson B* gab es trotz verschiedener Artikel, die im Sommer 2025 berichteten, das Lager Makhmour würde im September geschlossen– weder aus Ankara, Erbil noch Bagdad eine offizielle Erklärung, die diese Schliessung ankündigte, geschweige denn ein konkretes Datum nannte (*Kontaktperson B*, 12. Dezember 2025). Laut *Kontaktperson D* besteht das Lager weiterhin, ohne dass besondere Aktivitäten auf bevorstehende grössere Veränderungen hindeuten würden. Die Bewohner*innen hätten von den irakischen Behörden keine Informationen über eine mögliche Evakuierung erhalten und betonten, dass eine Rückkehr in die Türkei nur möglich sei, wenn klare rechtliche Garantien bestünden, dass sie nicht strafrechtlich verfolgt werden. Die Bewohner*innen betonten auch die Bedeutung einer kollektiven Rückkehr und erklärten, sie wollten nicht nur als soziale Gemeinschaft, sondern als Einheit zurückkehren und ihre eigenen politischen und administrativen Strukturen beibehalten. Die praktische Umsetzung einer solchen Rückkehr sei nach wie vor sehr ungewiss. Obwohl alle Parteien bekräftigt haben, dass sie Teil einer Vereinbarung sind, bleiben die konkreten Modalitäten der Evakuierung, der Bestimmungsort der Bewohner*innen und die rechtlichen Bedingungen für die *Kontaktperson* unklar. Die Türkei, die keine rechtlichen Reformen eingeführt habe, welche eine Rückkehr ermöglichen würden, strebe in erster Linie die Schliessung des Lagers an, anstatt die sichere Rückkehr der Bewohner*innen zu erleichtern (*Kontaktperson D*, 14. Dezember 2025).

Die Versuche von Bewohner*innen von Makhmour, in die Türkei zurückzukehren, führten zu Verhaftungen, Verurteilungen wegen «Separatismus» oder «Terrorismus» oder zur Zwangsverpflichtung zur Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden. Das Risiko von Verfolgung ist weiterhin hoch, da es keinen schützenden rechtlichen Rahmen gibt. Laut ACCORD, das einen Artikel der Ekurd Daily zitiert, kehrten nach einem Aufruf Öcalans im Oktober 2009 34 Personen aus dem Lager Makhmour in die Türkei zurück. Acht Monate nach ihrer Rückkehr wurden mehrere von ihnen von den türkischen Behörden verfolgt und verhaftet. Nach Angaben der International Crisis Group soll ihr triumphaler Empfang durch die Kurd*innen in der Türkei die AKP dazu veranlasst haben, alle Pläne für weitere Rückführungen aufzugeben. Nilüfer Koç, Sprecherin des KNK, erklärte in einer E-Mail an ACCORD, dass die in die Türkei zurückgekehrten Bewohner*innen von Makhmour im Laufe der Jahre

entweder wegen «Separatismus» oder «Terrorismus» verhaftet und verurteilt oder aber gezwungen wurden, mit den türkischen Geheimdiensten im Irak zusammenzuarbeiten (ACCORD, 9. Februar 2024). Laut *Kontaktperson A* haben die türkischen Behörden noch keine konkreten Massnahmen ergriffen, um die Rückkehr kurdischer Flüchtlinge zu erleichtern. Ohne einen klaren rechtlichen Rahmen bestehe für jede Person, die aus Makhmour in die Türkei zurückkehrt, ein hohes Risiko, strafrechtlich verfolgt zu werden. Unter diesen Umständen berge die Rückkehr von Makhmour in die Türkei ernsthafte Risiken (*Kontaktperson A*, 6. Dezember 2025). Laut *Kontaktperson B* wäre eine Rückkehr aus Makhmour in die Türkei problematisch, da das Lager von den türkischen Behörden als der PKK nahestehend angesehen wird. Dies betreffe Personen im Lager, die bereits als türkische Staatsbürger*innen registriert sind, und noch mehr diejenigen, die dies nicht sind. Alle dort lebenden Erwachsenen (und älteren Minderjährigen) liefen Gefahr, der Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation oder der Propaganda für eine solche Organisation beschuldigt zu werden. Diese Kontaktperson schätzt, dass in der Türkei Tausende von Personen wegen geringerer Vergehen festgehalten, gefoltert und inhaftiert wurden (*Kontaktperson B*, 12. Dezember 2025). Laut einer E-Mail, die am 12. Dezember 2025 von einer Kontaktperson, einer Vertreterin des Kurdistan National Congress (KNK) (*Kontaktperson C*), an die SFH geschickt wurde, wurden eine Reihe von kurdischen Flüchtlingen, die in die Türkei zurückgekehrt waren, unterdrückt. Bei ihrer Ankunft seien sie im Rahmen des Antiterrorgesetzes verhört worden. Diese Personen stünden unter ständiger Überwachung und es sei für sie fast unmöglich, in der Türkei Arbeit zu finden (*Kontaktperson C*, 12. Dezember 2025). Laut *Kontaktperson D* ist es sehr unwahrscheinlich, dass eine Familie aus dem Lager Makhmour im Rahmen des aktuellen Friedensprozesses sicher zurückkehren kann. Ohne konkrete rechtliche Massnahmen bleibe das Risiko einer Verfolgung für Personen, die ihr ganzes Leben im Lager Makhmour verbracht haben und in die Türkei zurückkehren, weiterhin erheblich (*Kontaktperson D*, 14. Dezember 2025).

5 Rechtlicher Status der Bewohner*innen des Lagers

Die Bewohner*innen des Lagers Makhmour erhielten in den 1990er Jahren den Flüchtlingsstatus und irakische Ausweispapiere, deren Verlängerung jedoch regelmässig behindert wurde. Laut dem gemeinsamen Bericht von MRAP und Kurd-CHR wurden kurdische Flüchtlinge, die in den 1990er Jahren in der Region Irakisch-Kurdistan Asyl beantragten, unter der Aufsicht des UNHCR in der Stadt Makhmour angesiedelt. Sie erhielten den Flüchtlingsstatus vom UNHCR und den irakischen Behörden (MRAP & Kurd-CHR, 2025). Den von der FIS konsultierten Quellen zufolge haben die irakischen Behörden den Einwohner*innen von Makhmour mehrfach Ausweise ausgestellt, teilweise mit Unterstützung der UNO. Ein Teil dieser Dokumente wurde jedoch nicht verlängert, und es ist unklar, ob die Einwohner*innen derzeit über gültige Papiere verfügen. In seinem Bericht stellt das FIS unter Berufung auf die Sprecherin der KNK fest, dass die irakischen Behörden den Bewohner*innen des Lagers Dokumente, insbesondere Aufenthaltsgenehmigungen, ausgestellt haben, die ihren Status als politische Flüchtlinge aus der Türkei bestätigen. Die irakischen Behörden hätten die Erneuerung dieser Dokumente jedoch regelmässig behindert. Im August 2021 erklärte das Büro des Koordinators für internationale Verteidigung der KRG, dass das Lager Makhmour eine Herausforderung für das irakische Kurdistan darstelle, da seine Bewohner*innen weder irakische Ausweise noch UN-Dokumente besäßen. Laut dem Online-Magazin RojNews, das vom FIS zitiert wird, können die Bewohner*innen im Rahmen des Embargos, das die irakische

Zentralregierung seit dem 10. April 2025 über das Lager Makhmour verhängt hat, ihre Ausweise nicht mehr verlängern (FIS, 20. Oktober 2025). Im September 2025 bestätigte *Rudaw*, dass viele Bewohner*innen des Lagers ihre abgelaufenen Flüchtlingsdokumente nicht verlängern konnten (*Rudaw*, 9. September 2025).

Die meisten Bewohner*innen sind Bürger*innen ohne türkische Ausweispapiere. Nach Angaben die Nilüfer Koç, Sprecherin des KNK, ACCORD zur Verfügung gestellt hat, sind die Bewohner*innen des Lagers Makhmour weiterhin türkische Staatsbürger*innen, besitzen jedoch keine gültigen Ausweispapiere. Die Bewohner*innen könnten ihre Dokumente in der Türkei aus Angst vor Verfolgung oder Inhaftierung nicht erneuern. Die Geburten von Kindern im Lager würden nicht bei den türkischen Behörden registriert, auch nicht für bestimmte in der Türkei geborene Bewohner*innen. Dies führe zu Generationen von Personen, die zwar offiziell türkische Staatsbürger*innen sind, jedoch keinerlei Dokumente besitzen (ACCORD, Februar 2024). Laut dem Bericht des FIS, der einen Journalisten von Al-Monitor zitiert, sollen 2018 nur 20 Bewohner des Lagers einen türkischen Pass besessen haben, den sie 2015, kurz vor dem Scheitern der Friedensverhandlungen zwischen der PKK und der Türkei, hätten verlängern können. Da sie keinen gültigen Pass besitzen, könnten die Bewohner*innen viele administrative und rechtliche Schritte nicht unternehmen. Ein*e Bewohner*in des Lagers, die im Mai 2025 vom Online-Magazin An-Nahar interviewt wurde, gab an, dass Tausende von Kindern im Lager keine offiziellen Dokumente hätten (FIS, 20. Oktober 2025). Laut der *Hürriyet Daily News* schätzte der türkische Vizepremierminister Beşir Atalay im August 2014, dass die meisten Bewohner*innen des Lagers türkische Staatsbürger*innen seien. Die Zeitung wies darauf hin, dass die Situation dieser Menschen komplex sei, da einige von ihnen wegen Verbindungen zur PKK strafrechtlich verfolgt würden, während eine im Lager geborene Generation keinen türkischen Pass besitze (*Hürriyet Daily News*, 9. August 2014). In seinem Bericht vom Februar 2024 gibt ACCORD an, keine Quellen gefunden zu haben, die darauf hindeuten, dass den Bewohner*innen des Lagers die türkische Staatsbürgerschaft aberkannt wurde (ACCORD, 9. Februar 2024).

Nach türkischem Recht ist jedes Kind türkischer Eltern türkische*r Staatsbürger*in und muss innerhalb von 60 Tagen nach der Geburt, auch im Ausland über die türkischen Konsulate im Bevölkerungsregister eingetragen werden. Kinder von Eltern ohne Papiere oder von Staatenlosen sind jedoch mit grosser Rechtsunsicherheit konfrontiert, wenn es darum geht, ihre Staatsbürgerschaft und ihre Ausweispapiere zu erhalten. Laut dem Bericht des FIS, der sich auf Artikel 7 (1) des türkischen Staatsbürgerschaftsgesetzes (5901/2009) bezieht, das 2009 veröffentlicht und 2018 aktualisiert wurde, ist ein Kind eines türkischen Vaters oder einer türkischen Mutter, das in der Türkei oder im Ausland geboren wurde, türkische*r Staatsbürger*in. Laut der Website des türkischen Ausserministeriums für konsularische Dienste ist jede*r türkische Staatsbürger*in verpflichtet, sich in das Bevölkerungsregister einzutragen und einen türkischen Personalausweis zu beantragen. Bei minderjährigen Kindern ist einer der Elternteile, Erziehungsberechtigten oder Vertrauenspersonen dafür verantwortlich, die Geburt zu registrieren und einen türkischen Personalausweis auf ihren Namen zu beantragen. Der Bericht verweist auch auf Artikel 68 des Konsularrechts, der vorsieht, dass die Geburt eines im Ausland geborenen Kindes spätestens 60 Tage nach der Geburt der Botschaft oder dem Generalkonsulat gemeldet werden muss. Eine Meldung, die diese Frist überschreitet, führt zu einer Verwaltungsstrafe. Jeder Elternteil kann eine im Ausland erfolgte Geburt melden, indem er die Geburtsurkunde bei der zuständigen türkischen diplomatischen Vertretung vorlegt. Diese ist dann dafür zuständig, die Dokumente an das Standesamt in der Türkei weiterzuleiten. Der FIS-Bericht zitiert auch einen Artikel, der am 22.

Juni 2025 im Blog der Anwaltskanzlei ER&GÜN&ER mit Sitz in Istanbul veröffentlicht wurde und besagt, dass ein im Ausland geborenes Kind registriert werden muss, um seine türkische Staatsbürgerschaft zu bestätigen und seine Daten in das türkische Staatsregister aufzunehmen (FIS, 20. Oktober 2025). Ein Bericht von ACCORD bestätigt, dass laut der Migrationsbehörde des türkischen Innenministeriums Anträge auf Eintragung einer Person in das Familienregister der Mutter und/oder des Vaters von der diplomatischen Vertretung an die Generaldirektion des Personenstandsregisters und Staatsangehörigkeit des türkischen Innenministeriums weitergeleitet werden. Die diplomatische Vertretung informiere den Antragsteller dann über die Entscheidung (ACCORD, 9. Februar 2024). Laut FIS weist die Anwaltskanzlei ER&GÜN&ER in einem Artikel vom Juni 2025 darauf hin, dass nach der Registrierung der Geburt des Kindes und der Bestätigung seiner türkischen Staatsbürgerschaft der nächste Schritt darin besteht, offizielle Ausweispapiere wie einen Personalausweis (kimlik kartı) und einen biometrischen Reisepass bei den türkischen Behörden für das Kind zu beantragen. Dieser Antrag werde in der Regel von im Ausland lebenden Familien bei ihrem örtlichen türkischen Konsulat gestellt (FIS, 20. Oktober 2025). Der Bericht von ACCORD bestätigt, dass eine erwachsene Person, deren Mutter und/oder Vater die türkische Staatsangehörigkeit besitzt, die jedoch erst nach der Vollendung des 18. Lebensjahres beim Standesamt gemeldet wurde, ebenfalls als türkische*r Staatsbürger*in registriert werden kann (ACCORD, 9. Februar 2024). Der FIS-Bericht warnt jedoch unter Berufung auf die Anwaltskanzlei ER&GÜN&ER, dass einige Kinder von Eltern ohne Papiere oder ohne Staatsangehörigkeit mit «grosser Rechtsunsicherheit» konfrontiert sind, sei es in der Türkei oder im Ausland (FIS, 20. Oktober 2025).

Obwohl sie theoretisch Anspruch auf die türkische Staatsbürgerschaft haben, sehen sich die Bewohner*innen von Makhmour aufgrund von Haftbefehlen, fehlenden Dokumenten und mutmasslichen Verbindungen zur PKK mit grossen Hindernissen konfrontiert. ACCORD gab an, keine Informationen gefunden zu haben, anhand derer festgestellt werden könnte, ob die Bewohner*innen des Lagers türkische Ausweispapiere erhalten können (ACCORD, 9. Februar 2024). Nach den am 6. Dezember 2025 von *Kontaktperson A* bereitgestellten Informationen hat nach türkischem Recht eine in Makhmour geborene Person mit türkischen Eltern Anspruch auf die türkische Staatsbürgerschaft, muss jedoch administrative Schritte bei den türkischen Botschaften im Ausland unternehmen. Diese Schritte seien jedoch für Personen, gegen die ein Haftbefehl vorliegt, schwierig. Ausserdem sei es nach 25 bis 30 Jahren sehr kompliziert, die erforderlichen Dokumente zu beschaffen und die Herkunft nachzuweisen (*Kontaktperson A*, 6. Dezember 2025). Laut *Kontaktperson B* ist es für eine in Makhmour lebende kurdische Person äusserst schwierig, die türkische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Die türkischen Behörden würden Nachweise für die Verbindungen ihrer Eltern zur Türkei verlangen, was besonders problematisch sei, wenn diese Eltern Verbindungen zur PKK haben, über die es Aufzeichnungen in türkischen Archiven gibt. Die Türkei hat eine lange Tradition, den als feindlich angesehenen Personen, insbesondere PKK-Anhänger*innen, die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Die *Kontaktperson B* hält es für unwahrscheinlich, dass die Türkei Personen, die als mit der PKK verbunden gelten, die Staatsbürgerschaft gewährt (*Kontaktperson B*, 12. Dezember 2025). Laut *Kontaktperson C* besteht das Problem darin, dass diese Personen bei einer Rückkehr in die Türkei einem hohen Verfolgungsrisiko ausgesetzt sind. Solange das türkische Antiterrorgesetz unverändert bleibt, gelten sie aufgrund ihrer Vorgeschichte vor ihrer Flucht im Jahr 1994 weiterhin als verdächtig (*Kontaktperson C*, 12. Dezember 2025).

Die als potenzielle Terrorist*innen stigmatisierten Einwohner*innen von Makhmour, sehen sich mit grossen Hindernissen bei der Erlangung der Staatsbürgerschaft konfrontiert: Es gibt keinen automatischen Weg, es besteht die Gefahr einer Strafverfolgung nach dem Antiterrorgesetz und es fehlen Reformen, die Immunität garantieren. Laut einer E-Mail einer *Kontaktperson*, die *Doktor der Sozialanthropologie und Ethnologie und Spezialist*in für die kurdische Region* ist (*Kontaktperson E*), die am 15. Dezember 2025 an die SFH geschickt wurde, wird eine Person, die im Lager Makhmour lebt und nie in der Türkei registriert war, höchstwahrscheinlich mit erheblichen Hindernissen bei ihren Bemühungen um die türkische Staatsbürgerschaft und offizielle Dokumente konfrontiert sein. Das Lager Makhmour wird vom türkischen Staat als «Hochburg der PKK» angesehen, und alle Bewohner*innen werden als potenzielle Terrorist*innen stigmatisiert. Aus diesem Grund würde diese Person zweifellos auf sehr grosse Schwierigkeiten stossen, wenn sie versuchen würde, ihren Status in der Türkei zu regularisieren (*Kontaktperson E*, 14. Dezember 2025). Laut *Kontaktperson D* haben die Bewohner*innen von Makhmour aus mehreren Gründen grosse Schwierigkeiten, türkische Dokumente zu erhalten und sicher zurückzukehren. Erstens gebe es keinen automatischen Weg, um die türkische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Die Türkei stuft Makhmour als Terrorist*innenlager ein und behandle seine Bewohner*innen wie Mitglieder der PKK, auch wenn sie nicht in den Konflikt verwickelt waren, was konkrete rechtliche Konsequenzen für die Betroffenen habe. Zweitens würde jeder Versuch einer Registrierung Erwachsene ernsthaften rechtlichen Risiken aussetzen. Selbst ohne persönliche Beteiligung würden entfernte familiäre Verbindungen ausreichen, um Ermittlungen, Strafverfolgung oder längere Überwachung zu rechtfertigen. Allein die Tatsache, in Makhmour geboren zu sein, sei Grund genug für eine Strafverfolgung nach weit gefassten Anti-Terror-Gesetzen oder um unter Druck gesetzt zu werden, als Informant*in (itirafçı) zu fungieren. Drittens habe der laufende «Friedensprozess» zu keiner Rechtsreform geführt, die Personen, die mit der PKK in Verbindung stehen, Immunität vor Strafverfolgung garantiert. Daher sei die Registrierung bei den türkischen Behörden kein neutraler, sondern ein hochpolitischer Akt. Selbst wenn die Regierung bestimmte Gesetze ändern würde, könnten diese bei einer Veränderung des politischen Klimas dazu genutzt werden, Personen strafrechtlich zu verfolgen. Diese *Kontaktperson* kommt zu dem Schluss, dass bei der Rückkehr eines kurdischen Flüchtlings in die Türkei die historische Kriminalisierung von Aktivismus im Zusammenhang mit der Kurdenfrage durch den türkischen Staat berücksichtigt werden muss (*Kontaktperson D*, 14. Dezember 2025).

6 Rückkehrhilfe aus der Schweiz

Rückkehrhilfe in der Türkei: 615 Euro bei der Ankunft und 2000 Euro für die Wiedereingliederung über YSYD. Gemäss einem Dokument des *Staatssekretariats für Migration* (SEM) vom 1. Januar 2025 bietet das EU-Rückkehrprogramm (EURP) Türkiye Personen, die aus der Schweiz in die Türkei zurückkehren, finanzielle Unterstützung an. Diese Hilfe besteht aus zwei Teilen: einem Betrag von 615 Euro zur Deckung der unmittelbaren Bedürfnisse nach der Ankunft und einem Betrag von 2000 Euro zur Finanzierung eines längerfristigen Wiedereingliederungsprojekts. Um diese Hilfe in Anspruch nehmen zu können, sind mehrere Dokumente erforderlich, darunter ein Antragsformular, ein Berechtigungsschreiben, ein Projektplan, eine Kopie des Ausweises und das Flugticket. Zwischen der Flugbuchung und der Registrierung des Antrags im RIAT-System muss eine Frist von mindestens fünf Werktagen eingehalten werden. Die Organisation *Association of Assistance Solidarity and Support for Refugees and Asylum Seekers* (YSYD-ASRA) empfängt die Rückkehrer*innen am Flughafen

in der Türkei und händigt ihnen die 615 Euro direkt aus. Vor der Abreise muss in einem Telefonat mit YSYD ein Treffpunkt vereinbart werden. Dazu muss die rückkehrende Person ihre Telefonnummern in der Schweiz und in der Türkei angeben. Zwei Punkte bedürfen besonderer Aufmerksamkeit: Die Hilfe in Höhe von 615 Euro muss innerhalb von 14 Werktagen nach der Ankunft beantragt werden, und der Projektplan für die 2000 Euro muss vor der Abreise aus der Schweiz ausgefüllt werden. Dieses Budget wird in Form von Sachleistungen ausgegeben, um die Wiedereingliederung konkret zu unterstützen (SEM, 1. Januar 2025).

7 Quellen

ACCORD, 9. Februar 2024:

« Lage von Rückkehrer·innen in der Türkei nach Aufenthalt im Lager Machmour

Ekurd Daily schreibt in einem Artikel vom April 2012, dass im Oktober 2009 nach einem Aufruf des inhaftierten kurdischen Führers Abdullah Öcalan acht PKK-Mitglieder und 26 Flüchtlinge, darunter vier Kinder, aus dem Flüchtlingslager Machmur in die Türkei zurückgekehrt seien. Personen der Gruppe seien acht Monate nach ihrer Rückkehr von den türkischen Behörden strafrechtlich verfolgt und verhaftet worden (Ekurd Daily, 25. April 2012). Laut der International Crisis Group seien die Rückkehrenden von Kurd·innen in der Türkei wie Kriegsheld·innen begrüßt worden. Dies habe die AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi; Partei von Präsident Erdoğan, Anmerkung ACCORD) veranlasst, Pläne für eine weitere Rückkehr von Personen in die Türkei zu verschieben (International Crisis Group, 6. November 2014, S. 2).

Es konnten online keine weiteren Berichte über Rückkehrer·innen aus dem Lager Machmur in die Türkei bzw. die Lage von Rückkehrer·innen in der Türkei gefunden werden.

Nilüfer Koç, Sprecherin der Kommission für Außenbeziehungen des Nationalkongresses Kurdistans (kurdisch: Kongreya Neteweyî ya Kurdistanê, KNK) mit direkten Kontakten ins Lager Machmur, erklärt in einer E-Mail-Auskunft an ACCORD vom Februar 2024, dass im Laufe der Jahre einige Bewohner·innen von Machmur in die Türkei eingereist seien. Die Rückkehrer·innen seien entweder verhaftet und zu einer Haftstrafe verurteilt worden, nachdem ihnen haltlos „Separatismus“ oder „Terrorismus“ vorgeworfen worden sei, oder sie seien gezwungen worden, für den türkischen Geheimdienst in der Autonomen Region Kurdistan im Irak zu spionieren (Koç, 6. Februar 2024).

Probleme wegen (unterstellter) Nahebeziehung zur Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Es konnten im Rahmen der zeitlich begrenzten Recherche mit Ausnahme der oben genannten Quelle von Ekurd Daily keine Informationen über Probleme von Rückkehrer·innen wegen (unterstellter) Nahebeziehung zur PKK gefunden werden. Die folgenden Quellen enthalten Informationen über die öffentlichen Reaktionen der Türkei auf die (unterstellte) Nahebeziehung der Bewohner·innen des Lagers Machmur zur PKK.

Reuters berichtet im Juni 2021, dass Präsident Erdoğan das Lager Machmur als „Brutkasten für Militante“ („incubator for militants“) bezeichnet habe. Die Türkei werde das Flüchtlingslager „aufräumen“ („clean up“). Ankara glaube, dass Machmur eine ebenso große Bedrohung darstelle wie die PKK-Hochburg in den Kandil-Bergen. Laut einem/r hochrangigen irakischen Beamten/in habe sich die Türkei über aus dem Lager Machmur stammende „terroristische Aktivitäten“ der PKK gegen die Türkei beschwert. Machmur sei im Jahr 2020 türkischen Luftangriffen ausgesetzt gewesen. Erdoğan habe 2021 damit gedroht, stärker auf irakischem Territorium militärisch vorzugehen. Laut einem/r hochrangigen türkischen Beamten/in werde das Lager Machmur als Logistikzentrum bei Angriffen gegen die Türkei oder türkische Streitkräfte genutzt. Laut dem/r Beamten/in müsse das Lager von der PKK „gesäubert“ werden („cleansed“) (Reuters, 2. Juni 2021; siehe auch: The National, 3. Juni 2021; VOA, 21. Juni 2021; Human Rights Pulse, 13. September 2021; MEMO, 25. Mai 2023; Rudaw, 20. Mai 2023). Drei Tage, nachdem Erdoğan mit dem „Säubern“ im Flüchtlingslager gedroht habe, seien drei Personen im Lager durch einen türkischen Luftangriff getötet worden (Reuters, 5. Juni 2021).

Laut Voice of America (VOA) betrachte die Türkei die Bewohner:innen des Machmur-Lagers eher als potenzielle PKK-Mitglieder denn als Flüchtlinge. Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu habe die Drohung des Präsidenten, das Lager anzugreifen, wiederholt und ebenfalls von der Notwendigkeit gesprochen, den Ort zu „säubern“ (VOA, 21. Juni 2021).

Human Rights Pulse schreibt in einem Artikel vom September 2021, dass Ankara das Machmur-Lager als Wohnort von Militanten und deren Sympathisant:innen ansehe. Es sei für die Kurd:innen des Machmur-Lagers nicht sicher, in die Türkei zurückzukehren (Human Rights Pulse, 13. September 2021).

Laut Lacuna Magazine würden viele der Flüchtlinge im Machmur-Lager tiefe Sympathie und Loyalität gegenüber der PKK empfinden. Die starke historische Verbindung zur PKK habe zu Bombenanschlägen durch die Türkei geführt (Lacuna Magazine, 3. Mai 2023).

Rudaw berichtet im Mai 2023, dass das Lager Machmur mehrfach von türkischen Luft- und Drohnenangriffen gegen mutmaßliche PKK-Mitglieder getroffen worden sei. Bei den Angriffen seien Zivilist:innen getötet worden. Ankara glaube, dass die PKK das Machmur-Lager als Übungsgelände nutze. Eine türkische Militäroperation im Februar 2022 habe unter anderem auf das Lager abgezielt (Rudaw, 20. Mai 2023; siehe auch: Rudaw, 19. Oktober 2023).

Der Middle East Monitor (MEMO) schreibt in einem Artikel vom Ende Mai 2023, dass im Lager Machmur hunderte Familien von PKK-Mitgliedern leben würden. Laut der Türkei sei das Lager ein Rekrutierungsstandort für PKK-Kämpfer:innen. Ankara habe in einer Reihe von Sicherheitstreffen mit Vertreter:innen des Iraks die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass das Lager zu einem Zentrum der militärischen Aktivitäten der PKK werden könnte (MEMO, 25. Mai 2023).

Im Oktober 2023 schreibt Rudaw, dass die PKK erklärt habe, all ihre Kämpfer:innen aus dem Lager Machmur abgezogen zu haben. Laut Rudaw habe die PKK das Lager für „lange Zeit“ kontrolliert (Rudaw, 19. Oktober 2023). » Quelle : Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation (ACCORD), Anfragebeantwortung zur Türkei: Situation von kurdischen Türk:innen, die aus dem Lager Machmur in die Türkei zurückkehren,

Probleme wegen (unterstellter) Nahebeziehung zur Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) [a-12314-2], 9. Februar 2024 : <https://www.ecoi.net/en/document/2104642.html>

ACCORD, 9. Februar 2024 :

« Kurzbeschreibungen zu den in dieser Anfragebeantwortung verwendeten Quellen sowie Ausschnitte mit Informationen aus diesen Quellen finden Sie im Anhang.

*Verlust der türkischen Staatsbürgerschaft für türkische Kurd*innen, die in den 1990er-Jahren aus der Türkei in den Irak geflohen sind bzw. dort geboren wurden und im Irak Asylstatus von UNHCR erhalten haben*

*Es konnten im Rahmen der zeitlich begrenzten Recherche keine Informationen darüber gefunden werden, dass türkische Kurd*innen, die in den 1990er-Jahren aus der Türkei in den Irak geflohen sind, ihre türkische Staatsbürgerschaft verloren hätten. Dies bedeutet nicht notwendigerweise, dass dies nicht der Fall ist. Gesucht wurde auf Deutsch, Englisch, Kurdisch und Türkisch mittels ecoi.net, Factiva und Google nach einer Kombination aus folgenden Suchbegriffen: Irak, kurdische Flüchtlinge aus der Türkei, türkisch-kurdische Flüchtlinge, 1990er, Asylstatus, UNHCR, Verlust, Entzug, Staatsbürgerschaft.*

*In einer Veröffentlichung vom Jänner 2004 berichtet UNHCR über bis zu 13.000 türkische Staatsbürger*innen (ethnische Kurd*innen), die seit Anfang der 1990er-Jahre im Irak – im Lager Machmur und in anderen Gebieten von Erbil sowie Dohuk – leben würden (UNHCR, 22. Jänner 2004).*

*Hürriyet Daily News schreibt in einem Artikel vom August 2014, dass im Lager Machmur türkische Staatsbürger*innen leben würden. Personen, die im Lager geboren wurden, würden jedoch keinen türkischen Pass besitzen (Hürriyet Daily News, 9. August 2014).*

*Der Nationalkongress Kurdistans (kurdisch: Kongreya Neteweyî ya Kurdistanê, KNK) bestätigt in einem Beitrag über das Lager Machmur vom Mai 2023, dass in etwa die Hälfte der Bewohner*innen des Lagers, nämlich all diejenigen die im Irak auf die Welt gekommen seien und deren Eltern Flüchtlinge seien, staatenlos seien. Sie hätten weder die türkische noch die irakische Nationalität (KNK, 26. Mai 2023).*

*Nilüfer Koç, Sprecherin der Kommission für Außenbeziehungen des KNK mit direkten Kontakten ins Lager Machmur, erklärt in einer E-Mail-Auskunft an ACCORD vom Februar 2024, dass die Bewohner*innen des Lagers, die in den 1990er Jahren aus der Türkei geflohen seien, weiterhin türkische Staatsbürger*innen seien. Sie würden jedoch keine gültigen türkischen Ausweise, wie den Personalausweis oder Reisepass, besitzen. Laut Koç entziehe die Türkei Kurd*innen fast nie die Staatsbürgerschaft, um die Möglichkeit zu haben, vermeintliche Dissident*innen in der Zukunft strafrechtliche verfolgen zu können. Die Bewohner*innen des Lagers könnten nicht zur Erneuerung ihrer Dokumente in die Türkei reisen, da ihnen dort Verfolgung oder Freiheitsentzug drohe. Die Geburten von im Lager Machmur geborenen Kindern von Flüchtlingseletern würden nicht bei den türkischen Behörden registriert, ebenso wie die Geburten der Kinder von in Machmur geborenen Personen. Auch bei einigen noch in der Türkei geborenen Bewohner*innen seien die Geburten nicht registriert worden. Diese Generationen von Flüchtlingen seien zwar offiziell türkische Staatsbürger*innen, würden jedoch über keinerlei türkische Papiere verfügen. Den Flüchtlingen in Machmur seien von den irakischen*

Behörden Dokumente, wie Aufenthaltsgenehmigungen, ausgestellt worden, die ihren Status als politische Flüchtlinge mit Herkunftsland Türkei bestätigen würden. Die Behörden hätten die Flüchtlinge jedoch in der Vergangenheit immer wieder daran gehindert, diese Dokumente zu erneuern (Koç, 6. Februar 2024).

Möglichkeit der Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft

Laut der Generaldirektion für Migrationsmanagement des türkischen Innenministeriums sei ein Kind einer türkischen Mutter oder eines türkischen Vaters automatisch türkische/r Staatsbürger-in. Eine erwachsene Person, deren Mutter und/oder Vater die türkische Staatsbürgerschaft besitze, die aber erst nach dem 18. Lebensjahr bei einem Standesamt gemeldet worden sei, könne als türkische/r Staatsbürger-in registriert werden. Hierfür müsse das Ministerium in einer Prüfung festgestellt haben, dass die Person die türkische Staatsbürgerschaft erworben habe (Generaldirektion Migrationsmanagement, ohne Datum, S. 1).

Die Webseite Consular Procedures veröffentlicht Informationen über das sogenannte „Verfahren für Personen mit Personenstandsvorbehalt“ („reserved civil status procedures“). Die Grundlagen des Verfahrens seien in der Verordnung zur Umsetzung des Volkszählungsdienstleistungsgesetzes und in der Verordnung zur Umsetzung des türkischen Staatsbürgerschaftsgesetzes detailliert beschrieben. Ein vorbehaltener Personenstand bedeute, dass die Geburt aus irgendeinem Grund erst nach dem 18. Geburtstag im türkischen Zivilregister eingetragen worden sei. Die Anträge von Personen mit reserviertem Personenstand auf Eintragung in die Familienregister der Mutter und/oder des Vaters würden an die Generaldirektion für Personenstandsregister und Staatsangehörigkeit des Innenministeriums weitergeleitet und die diplomatische Vertretung informiere die Personen über das Ergebnis ihres Antrags. Erforderliche Dokumente eines Antrags würden gültige Ausweise der Eltern, einen gültigen Ausweis der antragstellenden Person, ein Dokument über den Familienstand der antragstellenden Person (Heiratsurkunde, Scheidungsurkunde, Sterbeurkunde des/r Ehepartners/in), Dokumente, die eine familiäre Verbindung belegen und von beiden Elternteilen unterzeichnet sind (von Geschwistern oder Verwandten dritten Grades unterschrieben, wenn ein oder beide Elternteile verstorben sind) und die Geburtsurkunde der antragstellenden Person inkludieren. Bei Bedarf könnten andere Arten von Dokumenten zum Nachweis der Staatsbürgerschaft angefordert werden (Konsularische Verfahren, ohne Datum).

Möglichkeit der Aberkennung der türkischen Staatsbürgerschaft heute

Das türkische Staatsbürgerschaftsgesetz beschreibt in Artikel 29 die folgenden vier Situation, die zur Aberkennung der türkischen Staatsbürgerschaft führen können:

- 1. Das Erbringen von Dienstleistungen für einen anderen Staat, die im Widerspruch zu den Interessen des türkischen Staates stehen, sollte die Person nicht freiwillig innerhalb einer angemessenen Frist von mindestens drei Monaten die Dienstleistungen beenden, obwohl sie von den lokalen Verwaltungsbehörden in der Türkei oder einer diplomatischen Vertretung im Ausland darauf hingewiesen wurde.*
- 2. Das freiwillige Erbringen von Dienstleistungen für einen Staat, der sich im Krieg mit der Türkei befindet, ohne die Erlaubnis des Ministerrats eingeholt zu haben.*

3. Die freiwillige Leistung des Militärdiensts für einen anderen Staat, ohne dafür eine Erlaubnis eingeholt zu haben.

4. Personen, gegen die aufgrund von Straftaten gemäß den Artikeln 302, 309, 310, 311, 312, 313, 314 und 315 des türkischen Strafgesetzbuchs Nr. 5237 vom 26.9.2004 ermittelt wird und die aufgrund eines Auslandsaufenthalts nicht erreichbar sind, müssen innerhalb von drei Monaten, nachdem eine Aufforderung ihrer Rückkehr im Amtsblatt veröffentlicht wurde, zurückkehren, sonst droht ihnen der Entzug der Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschaftsgesetz 2009, Artikel 29).

Eine Analyse des letzten Punktes bezüglich des Entzugs der Staatsbürgerschaft auf der Basis der Ermittlung von möglichen Straftaten finden Sie auf den Seiten drei bis fünf des im Anhang angeführten Berichts von Institute on Statelessness and Inclusion (ISI) und European Network on Statelessness (ENS) (ISI/ENS, Juli 2019, S. 3-5).

Deniz Baran, ein türkischer Anwalt mit Wohnsitz in Istanbul und Fakultätsmitglied der Abteilung für Internationales Recht der Universität Istanbul, erklärt in einem arabischsprachigen Artikel des in Katar ansässigen arabischen Nachrichtensenders Al-Jazeera die Fälle, in welchen die türkische Staatsbürgerschaft entzogen werden kann (Al-Jazeera, aktualisiert am 1. November 2022). Die Webseite Deal veröffentlicht eine englische Version des Artikels von Al-Jazeera vor der Aktualisierung im November 2022. Baran fügt nach einer Erklärung der oben beschriebenen Rechtslage hinzu, dass es einen weiteren Grund gebe, um einem/r eingebürgerten türkischen Staatsbürger·in die Staatsbürgerschaft wieder zu entziehen: falls die Staatsbürgerschaft durch eine falsche Aussage oder durch das Verschweigen grundlegender Tatsachen, die das Erlangen der Staatsbürgerschaft beeinträchtigt hätten, erhalten worden sei (Deal, 21. Juni 2022).

Möglichkeit für türkisch-kurdische Flüchtlinge, die in den 1990er-Jahren in den Irak geflohen sind, in die Türkei zurückzukehren und sich dort niederzulassen

Das Committee on Migration, Refugees and Demography schreibt im Juni 1998, dass im Jahr zuvor 1.000 von über 10.000 kurdischen Flüchtlingen, die aus der Türkei in den Irak geflohen waren, in die Türkei zurückgekehrt seien. Laut dem Komitee seien mit Juni 1998 die Aussichten für weitere freiwillige Rückführungen begrenzt (Committee on Migration, Refugees and Demography, 3. Juni 1998).

UNHCR berichtet im Jänner 2004, dass die Türkei einer freiwilligen Rückkehr von bis zu 13.000 türkischen Staatsbürger·innen (ethnischen Kurd·innen), die seit Anfang der 1990er-Jahre im Irak im Exil gelebt hätten, zugestimmt habe (UNHCR, 22. Jänner 2004).

Reuters beschreibt in einem Artikel vom Jänner 2012, dass das Abkommen der Vereinten Nationen mit der Türkei und dem Irak über die Rückkehr von Flüchtlingen aus Makhmur vom Jahr 2004 nie in Kraft gesetzt worden sei und nur sehr wenige in ihre Heimat zurückgekehrt seien. Präsident Erdoğan habe 2010 ausgesagt, dass er bereit sei, die Rückkehr der Menschen aus dem Lager Makhmur mit dem UNHCR zu besprechen. Er habe jedoch gleichzeitig ausgesagt, dass das Lager ein „Nährboden für Terrorist·innen“ („breeding ground for terrorists“) sei. Laut Reuters würden sich die Bewohner·innen des Lagers in der Schwebe befinden, solange die Türkei und die PKK nicht Frieden geschlossen hätten (Reuters, 2. Jänner 2012).

Ekurd Daily berichtet in einem Artikel vom April 2012, dass im Oktober 2009 nach einem Aufruf des inhaftierten kurdischen Führers Abdullah Öcalan acht PKK-Mitglieder und 26 Flüchtlinge, darunter vier Kinder, aus dem Flüchtlingslager Machmur in die Türkei zurückgekehrt seien (Ekurd Daily, 25. April 2012). Laut International Crisis Group seien die Rückkehrenden von Kurd·innen in der Türkei wie Kriegsheld·innen begrüßt worden. Dies habe die AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi; Partei von Präsident Erdoğan, Anmerkung ACCORD) veranlasst, weitere Rückkehr-Pläne zu verschieben (International Crisis Group, 6. November 2014, S. 2).

Die regierungsnahe türkische Tageszeitung Hürriyet Daily News zitiert im August 2014 den stellvertretende Ministerpräsident Beşir Atalay. Das Lager Machmour sei aufgrund der Entwicklungen im Irak (gemeint ist der Einfall der extremistischen Gruppierung Islamischer Staat (IS), Anmerkung ACCORD) evakuiert worden. Es gebe laut Atalay Bewohner·innen des Lagers, die in die Türkei wollten. Die meisten davon seien türkische Bürger·innen. Sie seien willkommen, in die Türkei zurückzukehren. Hürriyet Daily News erklärt in seinem Artikel, dass sich die Bewohner·innen des Lagers Machmur in einer schwierigen Situation befinden würden. Einige Personen mit türkischer Staatsbürgerschaft seien in Bezug auf die PKK angeklagt. Gleichzeitig gebe es eine im Lager geborene Generation, die keinen türkischen Pass besitze. Die Türkei habe in den Jahren zuvor auf die Schließung des Lagers gedrängt und behauptet, dass es unter der Kontrolle der PKK stünde und als Nachschubbasis für neue Militante diene (Hürriyet Daily News, 9. August 2014). Es konnten keine Informationen darüber gefunden werden, ob in oder nach 2014 tatsächlich kurdische Flüchtlinge in die Türkei zurückgekehrt sind.

Es konnten online keine weiteren Informationen über die Möglichkeit der Rückkehr von türkisch-kurdischen Flüchtlingen, die in den 1990er-Jahren in den Irak geflohen sind, gefunden werden.

Die oben genannte Sprecherin des KNK, Nilüfer Koç, erklärt in ihrer E-Mail-Auskunft an ACCORD, dass Bewohner·innen des Lagers Machmur, die in die Türkei reisen wollten, glaubhaft Folter drohe. Dazu würden auch Schläge und sexuelle Folter zählen, wie sie die türkischen Sicherheitskräfte seit Jahrzehnten systematisch angewandt hätten. Die einzige Alternative zur Inhaftierung, die Flüchtlingen in der Türkei angeboten werden könnte, bestehe darin, als Spione zu fungieren. Eine Rückkehr der Flüchtlinge in die Türkei erfordere eine politische Lösung der Kurd·innenfrage in der Türkei selbst. Angesichts der Tatsache, dass in der Türkei Tausende Kurd·innen inhaftiert seien, würden die Flüchtlinge in der aktuellen politischen Situation sicherlich nicht zurückkehren wollen (Koç, 6. Februar 2024).

Probleme seitens der türkischen Behörden

Der oben genannte Artikel von Ekurd Daily beschreibt, dass Personen der Gruppe der im Oktober 2009 zurückgekehrten acht PKK-Mitglieder und 26 Flüchtlinge aus dem Flüchtlingslager Machmur acht Monate nach ihrer Rückkehr von den türkischen Behörden strafrechtlich verfolgt und verhaftet worden sei (Ekurd Daily, 25. April 2012).

Der oben genannte Artikel von Hürriyet Daily News erklärt, dass einige Bewohner·innen des Machmur-Lagers in Bezug auf die PKK angeklagt seien (Hürriyet Daily News, 9. August 2014).

Laut Nilüfer Koç seien im Laufe der Jahre einige Bewohner·innen von Machmur in die Türkei eingereist und entweder verhaftet und zu einer Haftstrafe verurteilt worden, nachdem ihnen haltlos „Separatismus“ oder „Terrorismus“ vorgeworfen worden sei, oder sie seien gezwungen

worden, für den türkischen Geheimdienst in der Autonomen Region Kurdistan im Irak zu spionieren (Koç, 6. Februar 2024).

Möglichkeit des Erhalts türkischer Dokumente

Es konnten im Rahmen der zeitlich begrenzten Recherche keine Informationen darüber gefunden werden, ob diese spezifische Personengruppen türkische Dokumente erhalten könnten. Gesucht wurde auf Deutsch, Englisch, Kurdisch und Türkisch mittels ecoi.net, Factiva und Google nach einer Kombination aus folgenden Suchbegriffen: Irak, kurdische Flüchtlinge aus der Türkei, türkisch-kurdische Flüchtlinge, 1990er, türkische Botschaft, Erhalt, Dokumente.

Laut Nilüfer Koç sei es Flüchtlingen aus dem Lager Machmur aus den oben bereits genannten Gründen nicht möglich, türkische Dokumente zu erhalten (Koç, 6. Februar 2024).

Probleme wegen (unterstellter) Nahebeziehung zur Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Es konnten keine Informationen darüber gefunden werden, ob alle in den 1990er-Jahren aus der Türkei in den Irak geflohenen Kurd·innen Probleme wegen (unterstellter) Nahebeziehung zur PKK hätten. Informationen zu möglichen Problemen wegen (unterstellter) Nahebeziehung zur PKK von türkischen Kurd·innen, die im Lager Machmur gelebt haben, finden Sie im zweiten Teil dieser Anfragebeantwortung (a-12314-2).

Es wurden zu der Fragestellung Expert·innen kontaktiert. Sollten wir eine Antwort erhalten, werden wir diese unverzüglich an Sie weiterleiten. » Quelle: Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation (ACCORD), Anfragebeantwortung zur Türkei: Situation von kurdischen Türk·innen, die in den 1990er Jahren in den Irak geflohen sind: Verlust der türkischen Staatsbürgerschaft, Wiedererlangung, Aberkennung, mögliche Rückkehr und Niederlassung, Möglichkeit des Erhalts türkischer Dokumente, Probleme wegen unterstellter Nahebeziehung zur PKK [a-12314-1], 9. Februar 2024 : <https://www.ecoi.net/en/document/2104640.html>

ANF News, 23. September 2025:

« Nûdem Yaman, co-chair of the Council of the People's Assembly of the Martyr Rustem Cudi Refugee Camp (Maxmur), said that the camp has been standing for 30 years with a will and goal shaped on the basis of Abdullah Öcalan's ideas.

Yaman harshly criticized the Iraqi government's embargo on the camp and the detentions targeting the Maxmur People's Assembly. She said: "We call on all those who defend human rights and refugee rights, especially the UN, to act because this embargo must be lifted immediately."

Yaman emphasized that the arrest of Maxmur People's Assembly co-chair Ahmet Şehbaz was the Iraqi government's second violation against the co-chairs, stressing that this practice was aimed at targeting the will of the camp.

She noted that camp residents are detained daily on the grounds that they have no identity documents, and that many, including the co-chair of the Assembly, have been

arrested multiple times. Yaman said: "This problem does not come from us but from the practices of the Iraqi state. Therefore, the solution also lies with the Iraqi state." [...]

Since 10 April, the Iraqi government has been imposing a heavy embargo on the Martyr Rustem Cudi Refugee Camp in Maxmur. Under the embargo, construction materials, medicines, and educational supplies are not allowed into the camp. Because entry of many basic needs, including food, is also banned, serious problems have arisen in the camp.

One of the biggest problems is that residents without identity documents are prevented from entering Iraqi cities. As a result, many people are detained and held for days. In particular, in May, a delegation of camp administrators who went to Baghdad to seek a solution was detained for 37 days. » Quelle: ANF News, Nûdem Yaman: Everyone should know that Maxmur Camp will not give up its will, 23. September 2025 : <https://english.anf-news.com/news/nudem-yaman-everyone-should-know-that-maxmur-camp-will-not-give-up-its-will-81386>

AP, 11. Juli 2025:

« Fighters with a Kurdish separatist militant group that has waged a decades-long insurgency in Turkey began laying down their weapons in a symbolic ceremony on Friday in northern Iraq, the first concrete step toward a promised disarmament as part of a peace process.

The Kurdistan Workers' Party, or PKK, announced in May that it would disband and renounce armed conflict, ending four decades of hostilities. The move came after PKK leader Abdullah Öcalan, who has been imprisoned on an island near Istanbul since 1999, urged his group in February to convene a congress and formally disband and disarm.

Öcalan renewed his call in a video message broadcast on Wednesday, saying, "I believe in the power of politics and social peace, not weapons." [...]

Bewar Amin Tahir, a spokesperson at Makhmour, a camp in Iraq for Kurdish refugees who were displaced from their villages in Turkey in the 1990s during fighting between Turkish forces and the PKK, said he hopes the peace process would "open the door for a return to our villages and end three decades of suffering and hardship."

But he said the "Turkish state must also adhere to this initiative. ... So far, this process seems to be proceeding from one side only." He called for Turkey to "begin amending its constitution so that the Kurds have their rightful place."

Even if that happens, he acknowledged that many camp residents are not likely to return to Turkey. "Most of their homes are destroyed and burned," Tahir said, and the refugees' children, born in the camp, do not know another home. [...]. » Quelle: Associated Press (AP), Kurdish separatist fighters in Iraq begin laying down weapons as part of peace process with Turkey, 11. Juli 2025: <https://apnews.com/article/pkk-kurdish-iraq-turkey-peace-process-disarmament-b91f6eac4794767fee2d3288fcb343d1>

FIS, 20. Oktober 2025:

« *Turkin vuonna 2009 ilmestyneen ja 2018 päivitetyn kansalaisuuslain (5901/2009) 7 artiklan 1 kohdan mukaan turkkilaiselle isälle tai äidille Turkissa tai ulkomailla syntynyt lapsi on Turkin kansalainen.*

Turkin ulkoministeriön konsulipalveluiden verkkosivuilla kerrotaan seuraavaa: Jokaisen Turkin kansalaisen tulee rekisteröityä väestörekisteriä varten ja hankkia turkkilainen henkilökortti. Yksi vanhemmista, huoltajista tai luotetuista henkilöistä on vastuussa syntymän rekisteröinnistä ja Turkin henkilökortin hankkimisesta alaikäisen puolesta. Konsulipalvelulain 68 artiklan mukaan, jos lapsi on syntynyt ulkomailla, suurlähetystölle/pääkonsulaatille on tehtävä ilmoitus syntymästä ei myöhemmin kuin 60 päivää syntymästä. Jos syntymästä ilmoitetaan yli 60 päivää syntymän jälkeen, seuraa siitä hallinnollinen rangaistus. Ulkomailla tapahtuneen syntymän voi jompikumpi vanhemmista ilmoittaa viemällä tai lähettämällä syntymätodistuksen asianomaiseen Turkin diplomaattiseen edustustoon. Edustusto on vastuussa asiakirjojen lähettämisestä väestörekisteritoimistoon Turkissa.

Istanbulilaisen lakitoimisto ER&GUN&ER:in 22.6.2025 julkaiseman blogikirjoituksen mukaan syntyneen lapsen rekisteröinti on välttämätöntä Turkin kansalaisuuden vahvistamiseksi ja hänen tietojensa lisäämiseksi Turkin kansalliseen väestötietojärjestelmään.

Itävallan maatietopalvelu ACCORDin 2024 julkaistussa raportissa kerrotaan, että Turkin sisäministeriön alaisen siirtolaisuusviraston mukaan hakemus henkilön lisäämisestä äidin ja/tai isän perhettä koskevaan rekisteriin lähetetään Turkin diplomaattisesta edustustosta Turkin sisäministeriön alaiseen siviilistatus- ja kansalaisuusvirastoon. Turkin diplomaattinen edustusto ilmoittaa hakijalle asian ratkaisusta.

ER&GUN&ER-lakitoimiston kesäkuussa 2025 julkaiseman blogikirjoituksen mukaan, kun lapsen syntymä on rekisteröity ja hänen Turkin kansalaisuutensa on vahvistettu, seuraava askel on hankkia lapselle virallisia henkilöasiakirjoja kuten henkilökortti (kimlik karti) ja biometrinen passi Turkin viranomaisilta. Ulkomailla asuvat perheet tekevät näitä varten hakemukset yleensä Turkin paikallisen konsulaatin kautta.

ACCORDin (2024) mukaan sellainen aikuinen henkilö, jonka äidillä ja/tai isällä on Turkin kansalaisuus, mutta jota ei ole rekisteröity siviilirekisteriviranomaisten toimesta ennen 18 vuoden ikää, voidaan myös rekisteröidä Turkin kansalaiseksi.

ER&GUN&ER-lakitoimiston (2025) mukaan jotkut Turkissa tai ulkomailla asiakirjoja vailla oleville tai kansalaisuudettomille vanhemmille syntyneet lapset kohtaavat ”merkittävää oikeudellista epävarmuutta”. [...]

Makhmurin pakolaisleiri perustettiin vuonna 1998. YK:n pakolaisjärjestö UNHCR kertoi 2004 julkaistussa raportissaan, että noin 13 000 Turkin kansalaista, jotka olivat taustaltaan etnisiä kurdeja, oli asunut Irakissa Makhmurin pakolaisleirillä ja muilla alueilla Erbilin ja Dohukin lääneissä 1990-luvun alkupuolelta lähtien. Makhmurin pakolaisleirin asukkaat ovat olleet lojaaleja Turkkia vastaan taistelleelle Kurdistanin työväenpuolueelle (PKK).

Lokakuussa 2023 kansainvälinen, kristillisen taustan omaavan, Pohjois-Irakin tilannetta hyvin tuntevan Community Peacemaker Teams -järjestön Irakin Kurdistanin osasto (CPT-İK) arvioi Makhmurin pakolaisleirillä asuvan noin 14 000 ihmistä. [...]

Verkkolehti Al-Monitorin toimittaja Tastekin Fehimin vuonna 2018 kirjoittaman artikkelin mukaan Makhmurin pakolaisleirissä vain noin 20 iäkkäällä asukkaalla oli Turkin passit, jotka he olivat saaneet uusittua Turkissa ennen kuin Turkin ja PKK:n väliset rauhanneuvottelut romahtivat vuonna 2015. Artikkelin mukaan ilman voimassa olevia passeja moni hallinnollinen ja oikeudellinen prosessi oli muuttunut Makhmurin pakolaisleirin asukkaille mahdottomaksi.

Itävallan maatietopalvelu ACCORD haastatteli helmikuussa 2024 sähköpostitse Brysselissä päämajaa pitävän, kurdien asiaa ajavan Kurdistanin kansallisen kongressin (KNK) ulkoasioiden komission puhehenkilö Nilüfer Koçia, jolla on suoria yhteyksiä Makhmurin pakolaisleiriin. Hänen mukaansa ne leirin asukkaat, jotka pakenivat Turkista 1990-luvulla, ovat edelleen Turkin kansalaisia. Koçin mukaan Turkki ei melkein koskaan peruuta kurditaustaisten henkilöiden kansalaisuutta, jotta se voi tarvittaessa asettaa syytteeseen kapinallisesta toiminnasta epäiltyjä henkilöitä.

KNK:n ulkoasioiden komission puhehenkilö Nilüfer Koçin vuonna 2024 ACCORDille lähettämän sähköpostin mukaan Makhmurin leirin asukkailla ei ole voimassa olevia Turkin henkilötodistuksia kuten henkilökortteja tai passeja.

Viitaten Turkin ja PKK:n väliseen rauhanprosessiin, An-Nahar -verkkolehteen toukokuussa 2025 haastateltu, Syyrian Qamishlissa sijaitsevan Al-Furat Center for Studies – ajatuspajan tutkija Walid Jalili arveli, että paluuseen tähtäävä prosessi voisi olisi hyvä aloittaa Makhmurin pakolaisleiristä. Tämä vaatisi muun muassa sitä, että Turkki myöntäisi henkilöasiakirjoja leirin asukkaille.

[...]

Kurdish Herald -lehti julkaisi vuonna 2009 artikkelin Makhmurin pakolaisleiristä. Artikkelissa kerrottiin, että leirille syntyi vuosittain monia lapsia. Vaikka heidän vanhemmillaan saattoi olla Turkin kansalaisuus, lapset syntyivät pakolaisiksi, eikä heillä ollut ”minkään maan kansalaisuutta”.

Turkkilainen valtalehti Hürriyet Daily News siteerasi elokuussa 2014 Turkin varapääministeri Beşir Atalayta. Hänen mukaansa Makhmurin pakolaisleirillä asui Turkin kansalaisia, mutta leirillä oli syntynyt uusi sukupolvi, jolla ei ollut Turkin passeja.

Kurdien asiaa ajava, Yhdysvalloissa päämajaansa pitävä Washington Kurdish Institute totesi vuonna 2020 julkaistussa artikkelissaan, että Makhmurin pakolaisleirillä tuhansia lapsia oli syntynyt kansalaisuudettomiksi.

Kurdistanin kansallinen kongressi (KNK) kertoi toukokuussa 2023 ilmestyneessä, Makhmurin pakolaisleiriä koskevassa artikkelissaan, että noin puolet leirin asukkaista, käytännössä ne, jotka olivat syntyneet leirin asukkaille, olivat kansalaisuudettomia. Heillä ei ollut Turkin tai Irakin kansalaisuutta.

KNK:n puhehenkilön Nilüfer Koçin ACCORDille helmikuussa 2024 kertoman mukaan Makhmurin pakolaisleirillä syntyneiden ihmisten lapsia ei rekisteröidä Turkin viranomaisten toimesta. Koçin mukaan jopa joitakin Makhmurin pakolaisleirillä taustaa omaavien vanhempien Turkissa syntyneitä lapsia ei ole rekisteröity. Hänen mukaansa Makhmurin pakolaisleirin asukkaat eivät voi palata Turkkiin uusimaan asiakirjojaan, koska heitä uhkaa Turkissa ”vaino tai vapaudenriisto”.

Roj News -verkkolehden huhtikuussa 2025 ilmestyneessä artikkelissa Makhmurin pakolaisleirin ulkosuhdekomitean jäsen Saeed Jumlek sanoi, että leirin asukkaat kärsivät lukuisista ongelmista, jotka johtuivat siitä, että Irakin hallitus oli yli kahden vuoden ajan kieltäytynyt uusimasta heidän henkilökorttejaan. Hän tuomitsi Irakin hallituksen Makhmurin pakolaisleiriin kohdistaman politiikan ja sanoi, että leirin asukkaat haluavat ratkaista nykyiset ongelmat Irakin hallituksen kanssa vuoropuhelun kautta.

Roj News -verkkolehden huhtikuussa 2025 ilmestyneessä artikkelissa Makhmurin pakolaisleirin ulkosuhdekomitean jäsen Saeed Jumlek sanoi, että leirin asukkaat kärsivät lukuisista ongelmista, jotka johtuivat siitä, että Irakin hallitus oli yli kahden vuoden ajan kieltäytynyt uusimasta heidän henkilökorttejaan. Hän tuomitsi Irakin hallituksen Makhmurin pakolaisleiriin kohdistaman politiikan ja sanoi, että leirin asukkaat haluavat ratkaista nykyiset ongelmat Irakin hallituksen kanssa vuoropuhelun kautta.

Roj News -verkkolehden toukokuussa 2025 julkaiseman artikkelissa kerrotaan Makhmurin pakolaisleirin asukkaiden neuvoston lausunnosta, jonka mukaan leirillä syntyneitä lapsia ei ole mahdollista rekisteröidä, koska Irakin keskushallinto ei suostu myöntämään leirin asukkaille henkilökortteja.

An-Nahar -verkkolehden toukokuussa 2025 julkaisemaan artikkeliin haastatellun Makhmurin pakolaisleirin asukkaan, noin 30 vuotta leirillä asuneen Amina Bafayn mukaan leirillä on tuhansia lapsia, joilla ei ole virallisia papereita. [...]

Kuten alta ilmenee, Makhmurin pakolaisleirin asukkaille on myönnetty ainakin Irakin keskushallinnon henkilökortteja eri vaiheissa, myös YK:n avustuksella.

Asiakirjoja on myös jätetty uusimatta. Epäselväksi uutisoinnissa jää, onko leirin asukkailla edelleen tällaisia, voimassa olevia asiakirjoja.

Irakin Kurdistanin aluehallinnon Kansainvälisen vaikuttamistyön koordinaattorin toimisto ilmoitti elokuussa 2021, että sillä ei ollut toimivaltuuksia Makhmurin pakolaisleirissä, ja että paikallisviranomaisilla ei ollut leirin asukkaista virallisia tietoja kuten pakolaisten määrää, nimiä tai osoitteita. Viraston mukaan Makhmurin pakolaisleiri aiheutti Irakin Kurdistanille haasteita, koska sen asukkailla ei ollut Irakin henkilökorttia tai YK:n asiakirjoja.

Lähi-idän naisten asiaa ajavan JINHA -verkkolehden uutisessa Makhmurin pakolaisleirin asukkaiden neuvoston puheenjohtaja Filiz Budakin toteaa, että Irakin keskushallinto ei ole uusinut Makhmurin leirin asukkaiden oleskelulupa- ja henkilöllisyyskortteja

syyskuun 2023 jälkeen. Asiakirjoja tarvitaan mm. Bagdadiin, Mosuliin ja Kirkukiin töihin matkustamisen sekä sairaaloihin kirjautumiseen.

KNK:n puhehenkilö Nilüfer Koç kertoo ACCORDin vuonna 2024 julkaistussa raportissa, että Makhmurin pakolaisleirin asukkailla on myönnetty Irakin viranomaisten toimesta asiakirjoja, kuten oleskelulupia. Asiakirjoissa vahvistetaan näiden henkilöiden status turkkilaista alkuperää omaavina poliittisina pakolaisina. Irakin viranomaiset ovat toistuvasti estäneet ihmisiä uusimasta näitä asiakirjoja.

RojNews -verkkolehden mukaan Irakin keskushallinto on saartanut Makhmurin pakolaisleiriä 10.4.2025 lähtien. Se on kieltäytynyt uusimasta leirin asukkaiden henkilöllisyyskortteja.

[...]

Itävallan maatietopalvelu (ACCORD) kertoi helmikuussa 2024 ilmestyneessä kyselyvastauksessaan, ettei se ollut löytänyt tietoa Makhmurin pakolaisleiriltä Turkkiin vuonna 2014 tai sen jälkeen palanneista henkilöistä. ACCORD ei löytänyt myöskään tietoa siitä, voisivatko tällaiset ihmiset saada turkkilaisia asiakirjoja.

KNK:n puhehenkilö Nilüfer Koç väitti sähköpostissaan helmikuussa 2024 ACCORDille, että Turkkiin paluuta toivovilla Makhmurin leirin asukkailla oli uskottava riski joutua kidutuksen kohteeksi. Kidutuksella Koç tarkoitti ”hakkaamista ja seksuaalista kidutusta”, joihin Turkin turvallisuusjoukot olivat syyllistyneet systemaattisella tavalla vuosikymmenien ajan. Hänen mukaansa pakolaisten paluumuutto edellyttäisi kurdikysymyksen poliittista ratkaisua Turkissa. Koçin mukaan paluumuuttajilla ainoa vaihtoehto vangitsemiselle olisi vakoilijaksi ryhtyminen, ja tällaisia henkilöitä on pakotettu vakoilijoiksi Irakin Kurdistanin alueella Turkin tiedustelupalvelun toimesta. ACCORD kertoi, ettei se ollut löytänyt varmaa tietoa siitä, kokivatko kaikki 1990-luvulla Turkista Irakiin paenneet kurdit PKK-kytkösväitteisiin liittyviä ongelmia. [...]

Viitaten Turkin ja PKK:n väliseen rauhanprosessiin, An-Nahar -verkkolehden toukuussa 2025 haastateltu, Syyrian Qamishlissa sijaitsevan Al-Furat Center for Studies – ajatuspajan tutkija Walid Jalili arveli, että PKK:n taistelijoiden olisi lähikuukausina vaikeata palata Turkkiin, molempien osapuolten epäluuloisuuden takia. Hänen mukaansa paluuseen tähtäävä prosessi voisi olisi hyvä aloittaa Makhmurin pakolaisleiristä. Tämä vaatisi sitä, että Turkki myöntäisi henkilöasiakirjoja leirin asukkailla, tuottaisi taloudellista ja sosiaalista suojelua paluumuuttajille ja välttäisi pidättämästä heitä ja nostamasta syytteitä heitä vastaan. [...]

Middle East Eye -verkkolehden toimittaja Ragip Soylu kirjoitti 11.8.2025, että Turkki, Irak ja Irakin Kurdistanin aluehallitus olivat sopineet Makhmurin pakolaisleirin tyhjentämisestä. Tämä oli seurausta PKK:n toukokuussa 2025 tekemästä ilmoituksesta lopettaa aseellinen taistelu ja hajottaa itsensä. Sopimuksen mukaan pakolaisleirin tuli olla tyhjä jo syyskuussa 2025. Jotkut leirin asukkaista sijoitettaisiin muualle Irakissa, kun taas jotkut siirrettäisiin Turkkiin. Sellaiset henkilöt, joiden tiedetään olevan PKK:hon läheisissä yhteyksissä, mutta jotka eivät ole osallistuneet rikolliseen toimintaan, voitaisiin asuttaa väliaikaisesti Turkkiin.

Toimittaja Ragip Soylun mukaan Makhmurin pakolaisleirillä oli 12 000 ihmistä, lähinnä Turkista kyllensä tyhjennyksiä ja Turkin turvallisuusjoukkojen ja PKK:n välisiä taistelu-ita paenneita kurdeja. Makhmurin pakolaisleirin tyhjentämisen uskottiin edistävän PKK:n aseistariisuntaa ja auttavan saamaan syrjäseutuja takaisin ei-valtiollisilta toimijoilta Irakin valtion haltuun. Suunnitteilla oli, että Turkin tiedustelupalvelu MIT ja Turkin armeija avustaisivat kentällä Makhmurin pakolaisleirin asukkaiden uudelleensijoitamista. PKK-komentaja Murat Karayilan syytti PKK:n entisissä asemissa nyt olevia Irakin joukkoja leirin asukkaiden painostamisesta leiristä pois muuttamiseen. [...]

Tässä vaiheessa käytössä olleista lähteistä ei löytynyt tietoa Turkkiin viime vuosina mahdollisesti palanneista Makhmurin pakolaisleirin asukkaista tai heidän kohtelustaan Turkissa.» Quelle: Finnish Immigration Services (FIS), Turkey / Makhmour camp in Turkey: the possibility of Turkish Kurds born in Makhmour camp of migrating to Turkey and acquiring documents, 20. Oktober 2025 : <https://www.ecoi.net/en/file/local/2132053/kt1177.docx>

Hürriyet Daily News, 9. August 2014 :

« The current chaos in Iraq may herald the safe return of thousands of Turkish citizens to their homeland, Deputy Prime Minister Beşir Atalay announced Aug. 8, saying that Ankara will implement an open door policy for those who have been living in the Makhmour camp for decades.

Atalay's comments as a Kurdish journalist was killed at the camp while reporting about the Islamic State in Iraq and the Levant's (ISIL) attack on the area.

“There are new developments in Iraq. We have received information that as of yesterday [Aug. 7], the Makhmour camp has been evacuated. There are people who want to go to Turkey from there. Most of them are our citizens anyway. They had gone from neighborhood of Hakkari; they had gone from villages and towns like Çukurca and Uludere due to the deteriorating conditions,” Atalay told reporters during a visit to the southeastern Anatolian border province of Hakkari. “Our door will be open if they come back. They will enter from our borders,” Atalay added.

The deputy prime minister was referring to a U.N. refugee camp that was home to thousands of Kurdish people who had to leave their homes in Turkey during the 1990s due to clashes between the Turkish security forces and the outlawed Kurdistan Workers' Party (PKK).

Yet, the Kurdish population in the Makhmour camp who are Turkish citizens have a complicated situation, since some of them are subject to lawsuits regarding the PKK, while there is a generation born in the camp who do not hold Turkish passport. As a matter of fact, up until the last few years, Turkey had long pressed for the closure of the Makhmour camp, claiming that it was under the PKK's control and served as a supply base of fresh militants who would join the organization.

However, in recent years, the government has initiated a peace process, aimed at ending the three-decade-long conflict between Turkey's security forces and the PKK. » Quelle: Hürriyet Daily News, Turkey says doors open for Makhmour camp residents, 9. August 2014 : <https://www.hurriyetaidailynews.com/turkey-says-doors-open-for-makhmour-camp-residents-70173>

Les clés du Moyen-Orient, 31. Oktober 2025:

« [...] Deuxièmement, le PKK a organisé le 11 juillet 2025, sous la supervision de la Turquie et des autorités kurdes irakiennes, une cérémonie fortement médiatisée au cours de laquelle une trentaine de combattants pékakistes ont déposé et brûlé leurs armes dans le nord de l'Irak [8], « en signe de bonne volonté et de détermination » à l'égard du processus de paix selon le communiqué publié le même jour par l'organisation kurde. La présidence turque a célébré cette cérémonie en affirmant que « la Turquie a gagné ; 86 millions de citoyens ont gagné ». Troisièmement, il a été possible d'apprendre, le 11 août 2025, qu'un accord tripartite signé entre Ankara, Bagdad et Erbil prévoit l'évacuation et le démantèlement du camp de Makhmur d'ici à septembre. Ce camp de réfugiés, créé en 1998 et devenu depuis une véritable ville, accueille plus d'une douzaine de milliers de Kurdes ayant fui les affrontements entre le PKK et la Turquie dans les années 1990. Bastion du PKK, ce camp était devenu l'un des principaux points d'appui humain, logistique et politique du mouvement en Irak. La Turquie exigeait donc de longue date sa fermeture, et avait déjà procédé à plusieurs attaques à son encontre en raison de la présence, selon elle, de combattants armés du PKK. Murat Karayılan, l'un des hauts-cadres du PKK, avait déjà annoncé début juillet que l'organisation kurde avait retiré ses forces du camp dans le cadre du processus de paix; Abdullah Öcalan lui-même aurait adressé une lettre aux habitants du camp début août afin de les enjoindre à évacuer le camp sans résistance.

Enfin, certaines initiatives et déclarations des autorités turques tendent à maintenir la politique de main tendue envers les mouvements kurdes qu'elles avaient établi à l'automne 2024 : le dirigeant du parti ultranationaliste turc MHP, Devlet Bahçeli, a ainsi suggéré, le 12 septembre 2025, de réintégrer à leur poste plusieurs maires kurdes - notamment Ahmet Türk, ancien maire de Mardin, et d'Ahmet Özer, ancien maire d'un quartier d'Istanbul - qui avaient été destitués et poursuivis, comme des dizaines d'autres maires kurdes, pour « terrorisme » il y a plus d'un an.

II. Un ralentissement net du désarmement et de la dissolution du PKK

Si ces événements se montrent positifs et constituent autant d'étapes réussies vers la paix, celle-ci n'est pas pleinement acquise pour autant. En effet, en-dehors de la cérémonie de destruction d'armes organisée par le PKK mentionnée supra, aucune autre cérémonie similaire, médiatisée ou non, ne semble avoir eu lieu. De même, à la date de publication de cet article, aucun camp du PKK ne semble encore avoir été remis à l'armée irakienne comme convenu, ni le camp de Makhmur pleinement évacué. Par ailleurs, si le PKK a procédé à plusieurs gestes de bonne volonté ces derniers mois, l'organisation kurde a déploré à plusieurs reprises le manque de coopération des autorités turques; entre autres griefs, le maintien en détention d'Abdullah Öcalan alors que les militants du PKK avaient fait de sa libération l'une des conditions à un démantèlement complet de leur organisation. Des manifestations sont ainsi régulièrement organisées afin d'exiger sa libération, tant en Europe qu'en Turquie et dans d'autres pays du Moyen-Orient comme la Syrie.

La pierre d'achoppement majeure à cet égard réside dans « le droit à l'espoir », c'est-à-dire la possibilité, pour une personne condamnée à la réclusion à perpétuité aggravée sans possibilité de libération conditionnelle, de voir cette peine revue ou d'avoir une perspective de libération. Un principe jugé essentiel dans plusieurs décisions de la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH). La Turquie déclare à ce sujet ne pas

reconnaître le droit à l'espoir pour certaines personnes condamnées à la réclusion à perpétuité aggravée dans des cas de terrorisme, dont Abdullah Öcalan est l'un des exemples les plus éloquents : le 8 juillet 2025, la Turquie a ainsi indiqué au Comité des ministres du Conseil de l'Europe qu'elle ne reconnaîtrait pas le « droit à l'espoir » pour certains prisonniers condamnés à la réclusion à perpétuité aggravée, à la suite de plusieurs arrêts émis par la CEDH dans le cadre des affaires Emin Gurban, Civan Boltan, Hayati Kaytan et Abdullah Öcalan. Les revendications kurdes s'articulent ainsi essentiellement sur le droit à l'espoir dont devrait pouvoir bénéficier, selon ses sympathisants, Abdullah Öcalan, mais sur lequel la Turquie semble ne pas souhaiter revenir.

III. Un enlèvement du processus de paix ?

De fait, le processus de paix serait dans une forme d'impasse : en effet, outre une amélioration de la situation d'Öcalan qui passerait par le droit à l'espoir, voire sa libération, le PKK attendrait que des réformes et assurances juridico-légales soient mises en œuvre par les autorités turques sur la réintégration des combattants du PKK et sur le respect des droits culturels kurdes en Turquie, avant d'envisager un dépôt généralisé des armes. De son côté, le camp présidentiel turc refuse toute réforme ou assurances de ce type sans que le PKK n'ait, d'abord, procédé à un démantèlement et à un dépôt de ses armes plus significatifs. La défiance des autorités turques est accrue par le fait que, dans ses récents communiqués - y compris celui annonçant sa dissolution -, le PKK n'a jamais fait part de son intention de « déposer les armes », mais seulement de « mettre fin à la lutte armée ». De fait, le contrôle des armes - tout comme celui de leur provenance, qui s'avère un sujet presque autant stratégique - reste particulièrement sensible pour une organisation en guerre depuis plus de quarante ans contre l'Etat turc : il était ainsi prévu, lors de la cérémonie de destruction des armes par le PKK le 11 juillet, que ces armes soient enregistrées avant d'être détruites. Or, celles-ci ont été brûlées directement par les guérilleros, sans laisser, semble-t-il, l'opportunité à la Turquie ou aux autorités kurdes irakiennes d'en inventorier les numéros de série. [...] » Quelle : Les clés du Moyen-Orient, Dissolution annoncée du PKK, rivalités internes au Kurdistan d'Irak, tensions avec les nouvelles autorités syriennes... Où en sont les mouvements kurdes aujourd'hui (1/3) ? Un processus de paix miné par la défiance entre le PKK et Ankara, 31. Oktober 2025: <https://www.lesclesdumoyenorient.com/Dissolution-annoncee-du-PKK-rivalites-internes-au-Kurdistan-d-Irak-tensions.html>

MEMO, 25. Mai 2023:

« The Iraqi army has commenced an operation to dig a trench and establish security observation points around the Makhmour refugee camp, which hosts hundreds of families of members of the Kurdistan Workers' Party (PKK).

The camp is situated on the border between the provinces of Nineveh and Erbil, neighbouring Türkiye says the camp has become a recruiting venue for PKK militants.

Iraqi forces started a deployment operation in the town of Makhmour, located approximately 105 kilometres southeast of Mosul and 70 kilometres west of Erbil. The camp houses over 1,500 families from the Kurdish regions of Türkiye, who are relatives of the PKK militants. The PKK has been involved in an armed struggle for independence against the Turkish state.

The new Iraqi action aims to restrain the PKK's practices within the camp, such as recruitment operations that the targeting of teenagers and young people within the camp, hiding of weapons and establishing electronic media cells that serve the party, which is classified as a terrorist group by Turkiye, the EU and the US.

A senior Iraqi official in Baghdad told Al-Araby Al-Jadeed yesterday that the engineering units in the Iraqi army began to establish a security trench around the camp, with the installation of surveillance towers and specific entry and exit gates.

This, the official added, comes "after the PKK incited the camp's residents to attack the army and prevent it from entering the camp."

The Iraqi move is expected to be met with Turkish satisfaction, especially after a series of security meetings between the two countries in which Ankara expressed its concern that the camp may become a centre of military activities for the PKK.

Turkish forces have previously carried out several air strikes within the camp, which is established in an area extending up to 20 kilometres, constructed of stone and brick, and houses at least 12,000 people. The United Nations and European organisations have built a health centre, a school and some facilities for its residents.

In early June 2021, Turkish President Recep Tayyip Erdogan threatened that his country would "cleanse" the Makhmour camp. He stated that "the camp had become a safe haven for the PKK militants", explaining that it serves as an "incubator for PKK militants and this must be addressed." » Quelle: Middle East Monitor (MEMO), Iraq army digging trench around refugee camp in Kurdish region, 25. Mai 2023: <https://www.middleeastmonitor.com/20230525-iraq-army-digging-trench-around-refugee-camp-in-kurdish-region>

MEE, 11. August 2025:

« Turkey, Iraq and the Kurdistan Regional Government (KRG) have reached an agreement to evacuate the Makhmour Camp in northern Iraq, according to regional sources speaking to Middle East Eye.

The development follows ongoing peace talks between Turkey and the Kurdistan Workers' Party (PKK) since last year, which culminated in the group's announcement in May that it would disband and end its armed struggle.

As part of the arrangement, of which the PKK is also a party, the camp is expected to be fully evacuated by September, regional sources said.

Under the deal, some camp residents will be resettled within Iraq, while others will be relocated to Turkey. Individuals identified as close to the PKK but not implicated in criminal activity may be temporarily accommodated in Turkey.

The Makhmour refugee camp has long been a flashpoint between Ankara and Baghdad. Established in the 1990s, it currently houses more than 12,000 people, primarily Kurds from Turkey who fled their homes amid village evacuations and clashes between Turkish security forces and the PKK in the country's southeast.

Ankara views the camp as a PKK stronghold, alleging it serves as a hub for recruitment, training and logistical support.

Turkish officials have maintained for years that the PKK's influence and ideology dominate the camp, which lies in a disputed area between the Iraqi central government and the KRG. Turkey has repeatedly targeted the vicinity of the camp, claiming it shelters "armed terrorists". Regional sources told MEE that, in the medium term, the camp's evacuation is expected to advance the PKK's disarmament process and yield benefits for Iraq, the KRG and Turkey.

They added that the move would also help eliminate isolated areas under the control of non-state actors defying Iraqi sovereignty.

"During the evacuation, the Turkish National Intelligence Organization (MIT) and the Turkish Armed Forces will be present on the ground to oversee security measures and the resettlement process," one regional source said.

A Turkish official, speaking on condition of anonymity, confirmed the existence of a tri-lateral coordination mechanism between Turkey, Iraq and the KRG but declined to comment on whether an explicit deal on Makhmour's evacuation had been reached.

Earlier this month, Murat Karayilan, a senior PKK commander, told the media that the group had withdrawn its forces from the camp and handed over its positions to Iraqi authorities.

Karayilan accused Iraqi forces of pressuring the group to evacuate. "They are now tightening the siege from the same positions and putting pressure on our people," he said.

Abdullah Ocalan, the imprisoned PKK leader who earlier this year called for the group's dissolution and has emerged as a central figure in negotiations with Ankara, is also reported to have sent a letter to the residents of Makhmour Camp, where he expressed the need for a "collective" approach to the issue of return.

"Undoubtedly, with the progress of this [peace] process, our people will once again return to their own land," he said. » Quelle: Middle East Eye (MEE), Kurdish refugee camp to be evacuated under Turkey, Iraq deal, 11. August 2025: <https://www.middleeast-eye.net/news/kurdish-refugee-camp-be-evacuated-under-turkey-iraq-deal>

MRAP & Kurd-CHR, 2025:

« 17. The Makhmur refugee camp was bombed on 5 June 2021, killing three civilians. On 29 August 2022, a drone attack on Makhmur camp killed Abdullah Abid, a father of six. The consequences of ISIS's genocide against the Yazidis in Sinjar remain unresolved, with 12 mass graves uncovered so far. Approximately 7,000 Yazidi women and children were abducted, with 4,000 rescued by military and coalition forces in Northeast Syria, while the fate of around 3,000 remains unknown. [...]

33. In places like the Makhmur refugee camp in the Kurdistan autonomous region governed by the Kurdistan Democratic Party, students are deprived of their education rights due to embargoes.

34. Around 400 students in Makhmur cannot continue their university education in other cities due to the embargo, preventing Kurdish students from pursuing education in their native language.

Right to Health

35. Access to health services is a major issue, especially in conflict zones, because the health infrastructure has been severely damaged. Turkish bombings have rendered the hospital in Sinjar non-functional. Yazidis in Sinjar face difficulties accessing healthcare due to security concerns.

36. In Makhmur refugee camp, healthcare services are inadequate. The difficulties are exacerbated by economic conditions and embargoes imposed by the Kurdistan Regional Government. Makhmur camp faces significant health issues, with 1,100 chronic patients and 26 cancer patients struggling due to the inability to obtain medication. [...]

38. There are refugees who have fled oppression in Türkiye and those who have sought refuge from the war in Syria. In the 1990s, due to low-intensity warfare in Türkiye, refugees who sought asylum in Iraq's Kurdistan region were settled in Makhmur town under UNHCR supervision. They were granted refugee status by UNHCR and Iraqi authorities.

39. Since 2016, due to pressure from Türkiye, refugees in Makhmur have faced additional pressure, especially from the Kurdistan Regional Government (KRG). The relocation of the UNHCR office from the camp to Baghdad, justified by ISIS attacks, has increased these pressures.

40. Significant issues have arisen in economic, health, and education sectors. Due to the embargo imposed by the KRG under Turkish pressure, refugees in Makhmur cannot travel to cities like Erbil and Duhok for work. The inability to leave the camp has resulted in economic hardships. Following the UNHCR withdrawal, severe problems have emerged.

41. Travel rights are restricted, and recently, identity documents for refugees have not been issued. The return of the UNHCR to the Makhmur camp would resolve many issues.

» Quelle : Mouvement contre le racisme et pour l'amitié entre les peuples (MRAP) & Kurdish center for human rights (Kurd-CHR), Iraq - Kurdish people at Risk, 2025 p.2-5:
<https://uprdoc.ohchr.org/uprweb/downloadfile.aspx?filename=13485&file=EnglishTranslation>

Reuters, 7. November 2025:

« Turkey is preparing a law to let thousands of Kurdistan Workers Party (PKK) fighters and civilians return home from hideouts in northern Iraq under negotiations to end generations of war.

A senior Middle East official and a Kurdish political party source in Turkey said the proposed law would protect those returning home but stop short of offering a general amnesty for crimes committed by former militants. Some militant leaders could be sent to third countries under the plans.

Bringing PKK guerrillas and their families home from their bases in mountainous northern Iraq is seen as one of the final hurdles in a peace process launched a year ago to end a war that has killed 40,000 people.

While officials have spoken publicly about reconciliation efforts in general terms, the sources disclosed details that have not previously been reported, including proposals for returns to take place in separate waves of civilians and fighters, and for commanders to be sent to third countries.

The Middle East official, describing the sensitive negotiations on condition of anonymity, said legislation to allow the returns could come before the Turkish parliament as soon as this month.

PLAN COULD INCLUDE SEPARATE WAVES OF RETURNS

Turkey's intelligence agency MIT, which has led talks with the PKK, did not immediately comment on the proposal. The PKK did not immediately comment.

Since Kurdish militants launched their insurgency in 1984 - originally with the aim of creating an independent Kurdish state - the conflict has exerted a huge economic and social burden on Turkey and neighbouring countries.

Ending it would boost NATO member Turkey's political and economic stability, and ease tensions in Iraq where the PKK is based, and Syria where Kurdish fighters have been allied with U.S. forces.

In a major breakthrough, the PKK announced a decision in May to disarm and disband after a call to end its armed struggle from its jailed leader Abdullah Ocalan.

In July the group symbolically burned weapons, and last month it announced it was withdrawing fighters from Turkey as part of the disarmament process. It called on Ankara to take steps to let its members participate in "democratic politics".

But the terms of reconciliation have been sensitive, with Turkey wary of offering a wide amnesty for what it considers past crimes of a terrorist organisation.

Numan Kurtulmus, who heads a reconciliation commission set up by Turkey in August, said last week that any legal steps would come only after Turkey verifies that the PKK has completed its dissolution process.

"Once Turkey's security and intelligence units have verified and confirmed that the organisation has truly laid down its arms and completed its dissolution process, the country will enter a new phase of legal regulations aimed at building a terror-free Turkey," he said.

According to the senior Middle East official, the proposal now being discussed would see roughly 1,000 civilians and non-combatants return first, followed by about 8,000 fighters after individual screening.

Beyond that, the official said Turkey had so far rejected taking back around 1,000 senior and mid-level PKK figures, and wants them relocated to a third country, possibly in Europe.

Talks were ongoing on that issue, with some parties involved in the negotiations concerned that excluding PKK top brass from repatriation could eventually fuel a renewed insurgency, the official said.

Legislation to enable returns could come before the Turkish parliament as early as the end of November, the official added.

Tayip Temel, deputy co-chair of the pro-Kurdish DEM Party - which though an opposition party has worked closely with the government on the peace process - said the ongoing negotiations focused on a formula personally emphasised by Ocalan.

"Work is underway on a special law for the PKK to enable the democratic and social reintegration of its members," Temel told Reuters.

"The law will cover everyone returning from the PKK, whether civilian or militant. There is no plan for a phased return. The formula being worked on is comprehensive and applies to all."

He confirmed that Turkey had raised the idea of some PKK figures being sent to third countries, but said this would have to be discussed with the potential hosts.

DIFFERENT PROCEDURES FOR DIFFERENT GROUPS

Another source at DEM, parliament's third-biggest party, said the commission drafting the proposal was working on a single, PKK-specific law that would avoid the language of a general amnesty.

"Different procedures will apply to different groups of returnees," the source said, adding that some returning PKK members will likely face investigations and trials. "Otherwise it will be hard to reach common ground among parties in the commission."

Once the parliamentary commission completes its work, it is expected to recommend the special PKK law to parliament, paving the way for potential legislation.

Human Rights Watch urged lawmakers to use the peace process to reform laws that have long been used to charge and incarcerate non-violent Kurdish activists.

The commission "has a unique opportunity to help shape a post-conflict society and should make bold recommendations to repeal abusive laws used to silence and marginalize people," said Hugh Williamson, Europe and Central Asia director at HRW. » Quelle: Reuters, Exclusive: Turkey preparing law to let PKK fighters return under peace plan, 7. November 2025:

<https://www.reuters.com/business/media-telecom/turkey-preparing-law-let-pkk-fighters-re-turn-under-peace-plan-2025-11-07/>

RFI, 14. März 2025:

« [...] Le camp de Makhmour, qui compte 8 000 habitants, a donné plus de 500 de ses enfants à la cause kurde. Le dernier est mort au mois de février 2025 au cours de combats au Kurdistan irakien entre le PKK et la Turquie. Leur mémoire est célébrée dans la maison des martyrs, une pièce étouffante où les murs sont placardés de portraits. « C'est mon fils, Dyar, indique Saria, en désignant la photographie d'un homme aux traits juvéniles, ciblé par une frappe turque il y a deux ans. Personne ne souhaite apprendre la mort de ses enfants. Mais parfois, il faut accepter ce sacrifice. Le mal que nous fait la Turquie est intolérable. En tant que mamans kurdes, nous sommes obligées d'accepter que nos enfants puissent mourir pour la liberté des Kurdes. »

Le deuxième fils de Saria, Baroz, a suivi les pas de son grand frère dans les montagnes du Kurdistan. Alors pour cette mère, le processus de paix fragile qui s'amorce entre la Turquie et la guérilla kurde suscite le vain espoir de voir rentrer son garçon : « Qui ne souhaiterait pas revoir son enfant ?, s'exclame-t-elle. Ocalan a appelé à la paix et je souhaite que ce processus réussisse, mais nous ne pouvons pas faire confiance à la Turquie. J'aimerais que Baroz puisse revenir, mais sans la liberté des Kurdes, ce sera trop difficile pour lui de rentrer... »

« Le PKK, c'est devenu notre identité »

Les enfants de Makhmour sont tous nés dans l'exil, en Irak, après que leurs parents ont abandonné leurs villages ravagés par l'armée turque dans les années 1990. Le soir, au coin du feu, ils discutent de politique... « L'appel à désarmer et dissoudre le PKK, ça ne m'a pas vraiment plu : le PKK, c'est devenu notre identité, alors c'est difficile à accepter, confie Dilan, 25 ans. Même si je pense qu'Ocalan a annoncé ça dans l'intérêt des Kurdes. [...] »

Quelle : Radio France International (RFI), Irak: à Makhmour, les familles des membres du PKK suspendues au processus de paix avec la Turquie, 14. März 2025: <https://www.rfi.fr/fr/podcasts/reportage-international/20250313-irak-%C3%A0-makhmour-les-familles-des-membres-du-pkk-suspendues-au-processus-de-paix-avec-la-turquie>

Rudaw, 9. September 2025:

« Ten residents of the Makhmour refugee camp in northern Iraq, which houses Kurdish refugees from Turkey, have been detained in Baghdad since late August after going to the capital for work, a camp source said on Tuesday.

“Those people went to Baghdad for work and had been detained by security forces since August 24th,” a source from the camp told Rudaw.

According to camp residents, the Iraqi government has not allowed provisions to enter the camp since August 10.

“Iraqi forces do not even allow [people] to go to Iraqi provinces for work or medical treatment,” the resident said.

Makhmour camp, located southwest of Erbil and administratively part of Nineveh province, was established in 1998 and is home to around 10,000 Kurdish refugees from south-east Turkey, most of whom were displaced during Turkey's conflict with the Kurdistan Workers' Party (PKK) when their villages were depopulated.

According to camp authorities, residents are currently barred from working, accessing hospitals, or enrolling in universities. Many have been unable to renew expired refugee documents, preventing them from passing through checkpoints. This restriction on their movements has led to a shortage of basic essentials in the camp, including medical supplies.

Iraq has denied the blockade, with migration and displaced ministry spokesperson Ali Abbas telling Rudaw in July that camp residents "are officially registered with the Iraqi state and have no problems and are free to move to all provinces."

In May, a delegation from the camp council went to Baghdad to raise concerns over what they called "the blockade imposed by the Iraqi government" with the Iraqi justice ministry. Iraqi forces arrested them, releasing them a month later.

The camp has been caught in regional tensions for years. Turkey considers it a PKK stronghold. President Recep Tayyip Erdogan has labeled it an "incubation center for terrorism." The camp has been the target of Turkish airstrikes and drone attacks.

The PKK, which has fought Turkey for decades, deployed fighters to protect the camp from Islamic State (ISIS) attacks in 2014 but said they withdrew in October 2023.

On July 11, the PKK held a ceremonial disarmament in the Kurdistan Region. Thirty members and commanders burned their weapons, acting on jailed leader Abdullah Ocalan's call to abandon their armed struggle for a political solution to secure Kurdish rights in Turkey. A Turkish parliamentary commission has been formed to establish a legal framework for the peace process.

Iraq banned the PKK last year under pressure from Ankara. » Quelle: Rudaw, Ten Makhmour camp residents detained since late August, 9. September 2025 : <https://www.rudaw.net/english/middleeast/iraq/090920251>

Rudaw, 15. August 2025:

« Residents of a camp in northern Iraq housing Kurdish refugees from Turkey say **difficult conditions in the camp have not eased despite peace talks between Ankara and the Kurdistan Workers' Party (PKK).**

"Iraqi forces don't even allow workers and patients to go to Iraqi provinces," a camp resident told Rudaw, requesting anonymity due to safety concerns.

Makhmour camp, located southwest of Erbil and administered by Nineveh province, is home to approximately 10,000 Kurdish refugees from southeastern Turkey. Most were displaced during Turkey's decades of conflict with the PKK.

According to camp authorities, residents are currently barred from working, accessing hospitals, or enrolling in universities. Many have been unable to renew expired refugee documents, preventing them from passing through checkpoints. This restriction on their movements has led to a shortage of basic essentials in the camp, including medical supplies.

In a message earlier in August, PKK founder Abdullah Ocalan said that progress in the peace talks would allow Makhmour camp residents to return home. Despite this hopeful news, residents say pressure on the camp has increased.

“After the message of leader Apo [Ocalan], we want the situation to calm down,” said another resident. Camp officials, however, told them “a special war is being waged” to give them false hope, they added.

A camp official, who also spoke on condition of anonymity, said that the policy for residents has not changed: “The situation is unchanged. Evacuation is not on the agenda, and we don’t want to say anything.”

The Iraqi Ministry of Migration and Displacement has denied there are any restrictions on the movements of camp residents. “They are officially registered with the Iraqi state and have no problems and are free to move to all provinces,” ministry spokesperson Ali Abbas told Rudaw last month. [...] » Quelle: Rudaw, Conditions at Makhmour camp not eased despite PKK peace talks, say residents, 15. August 2025: <https://www.rudaw.net/english/middleeast/turkey/150820251>

Rudaw, 9. August 2025:

« Abdullah Ocalan, jailed leader of the Kurdistan Workers’ Party (PKK), on Friday said that the nearly 10,000 Kurdish refugees from southeast Turkey living in a camp in northern Iraq will be allowed to return home as Turkey-PKK peace talks progress.

“Undoubtedly, with the progress of this process, our people will once again return to their lands,” Ocalan said in a letter to the camp’s residents, the PKK-affiliated Fırat news agency reported. “We must think of return collectively. Within this framework, I convey my greetings to the people of Makhmour.” [...]

Camp authorities say residents are currently barred from working, accessing hospitals, or enrolling in universities, and many have been unable to renew expired refugee documents, preventing them from passing through checkpoints.

Murat Karayilan, a top PKK commander, on Friday called on the Iraqi government to lift its “siege” on the camp and warned that if it continues, the PKK will be forced to return.

“It should be known that if this approach to the camp continues, we will be forced to intervene again and send guerillas there again,” Karayilan told PKK-affiliated Sterk TV.

“We do not accept these inhumane practices and will not remain silent,” he said, calling on Iraqi President Abdul Latif Rashid to address the issue.

The PKK Kurdish group held a ceremonial disarmament in the Kurdistan Region on July 11, when 30 members and commanders burned their weapons, acting on Ocalan's call to abandon their armed struggle after four decades and pursue a political solution to secure Kurdish rights in Turkey.

A Turkish parliamentary commission tasked with establishing a legal framework for the peace process has been established and on Friday had its second meeting. » Quelle: Rudaw, PKK leader gives Makhmour camp residents hope of return, 9. August 2025: <https://www.rudaw.net/english/kurdistan/09082025>

SEM, 1. Januar 2025:

« EURP Türkiye – Check-list (dès le 01.01.25)

- Documents nécessaires : Application Form (seuls points 1 + 8 à remplir : nom + prénom, date et signature du RA), Eligibility Letter (remplir), Project Plan (le CVR remplit les rubriques en anglais), ID copy, billet d'avion.
- Informations requises : numéro de téléphone du retournant en CH et en TUR (organiser un appel téléphonique avec le partenaire local de réintégration YSYD avant le départ pour convenir d'un lieu de rendez-vous), destination, besoin de transport secondaire depuis l'aéroport, besoin d'hébergement.
- Réservation de vol : dans RIAT, il doit y avoir au moins 5 jours ouvrables entre la date du vol et la date d'enregistrement de la demande dans RIAT.
- Les prestations comprennent, pour une personne adulte, un Post-Arrival Package (assistance à court terme destinée à couvrir les besoins de base) de EUR 615 et un Post-Return Package (assistance à plus long terme qui couvre les projets de réintégration) qui s'élève à EUR 2'000.

Nous vous rendons attentif au fait que le retournant doit réclamer les EUR 615 à YSYD dans les 14 jours ouvrables suivant son arrivée.

- Documentation : Programme spécifiques en cours (admin.ch)
- Support:
- Pour les problèmes dans les cas individuels (à IRARA/YSYD) : reintegration@irara.org
- Pour les questions sur la plateforme RIAT (au RIAT team) : helpdesk@riatsupport.eu
- Pour les questions sur le projet EURP (à Frontex) : EURP@frontex.europa.eu
- Pour les questions sur le programme SEM Türkiye : SAEFO + SRR

- Informations spécifiques pour la Türkiye (cf. ci-après) :

Türkiye specific information for return counsellors

Service	Description	YSYD Comment
Airport pick-up and Post-arrival assistance	The return counsellor in CH informs the returnee that the returnee will be met by YSYD at the airport in Türkiye to hand over the EUR 615 (final airport).	To provide airport pick-up and handover of post-arrival assistance (EUR 615) in Türkiye, YSYD needs the confirmed flight details and the contact number of the returnee in RIAT at least 5 working days pre-departure from CH.
	Before departure from CH, YSYD contacts the returnee to agree on a meeting point on arrival in Türkiye.	YSYD needs the phone number of the returnee in Switzerland and Türkiye (phone call or WhatsApp).
	If not: Before departure from CH, the returnee or the return counsellor contacts YSYD to agree on a meeting point on arrival in Türkiye.	By phone or WhatsApp: +90 850 455 00 00 (on Eligibility Letter)
	If contact could not be made before departure, YSYD is present at the airport and visible by the YSYD vest.	
	If the meeting does not take place, the returnee calls YSYD to arrange an appointment to meet the 14 working days deadline for receiving the post-arrival package (EUR 615).	+90 850 455 00 00 (on Eligibility Letter)
Difficulty in establishing contact with YSYD before departure to arrange a meeting point for the delivery of assistance	The call center is managed by a team of 9 staff who handle a large volume of requests every day. During peak periods, returnees are asked to wait and their call will be answered. Otherwise, a call-back system has been set up for missed calls. However, call-backs can take several days when call volumes are high.	YSYD call center (+90 850 455 00 00) operates between 9AM to 3PM
Post-return assistance	The return counsellor in CH informs the returnee that the returnee has to fill in the EURP project plan before departure from CH (mandatory) and that the budget of EUR 2000 has to be spent in kind.	The meeting with the returnee to discuss the project plan will be held in YSYD office, in a cafe or online.
YSYD contact	In case of questions, the returnee can contact YSYD any time (before or after return)	+90 850 455 00 00 (on Eligibility Letter) or email to: reintegration@irara.org

»

Quelle : Secrétariat d'État aux migrations (SEM), EU Reintegration programme (EURP, 1. Januar 2025 : https://www.e-doc.admin.ch/dam/e-doc/de/data/sem/rueckkehrhilfe/laender-spez_rkh/eurp-checkliste-tuerkiye-dfe.pdf.download.pdf/eurp-checkliste-tuerkiye-dfe.pdf

The National Context, 30. November 2025:

« The Turkish intelligence services and military have confirmed that the PKK has withdrawn from six key caves in the Zap and Metina areas in Amedi district of the Kurdistan Region, which had been the site of the fiercest PKK–Turkish army clashes from 2021 until the beginning of the peace process last year. “The PKK has emptied a total of six caves in Zap and Metina and destroyed the ammunition,” a Turkish security source told the pro-government Türkiye newspaper.

Context: The PKK had already announced that, as of 16 November 2025, it had relocated its forces in the Zap area, following its full withdrawal from Turkey, which posed a risk of clashes because of their proximity to Turkish bases in the region. As part of the peace process, in which the PKK has declared it is laying down arms following a call from its jailed leader Abdullah Ocalan, the Turkish military and intelligence have jointly created “verification mechanisms” to monitor implementation.

According to Türkiye, these mechanisms confirmed that the six positions in Zap and Metina had been completely vacated, that the ammunition was logged and then destroyed, and that field sweeps “determined that no heavy weapons were present in the locations that had been emptied.” [...]

The next step, according to the report, is expected “along the Sinjar–Makhmour corridor,” where residents of the Makhmour refugee camp are to be provided with identity documents and allowed to return to Turkey once a new legal package is passed in parliament, reportedly expected in the coming weeks before the new year. [...] » Quelle: The National Context, Turkey Confirms PKK Pullback From Six Zap and Metina Caves, With Hakurk, Gara and Haftanin Next, 30. November 2025: <https://thenationalcontext.com/turkey-pkk-pull-back-zap-metina-hakurk-gare-haftanin/>

The New Region, 5. Dezember 2025:

« The Kurdistan Workers’ Party (PKK) imprisoned leader Abdullah Ocalan in a letter said the return of Makhmour camp residents to their homes should follow a “legal framework” and be based on democratic principles as part of the ongoing peace process with Ankara.

Ocalan’s letter, dated October 15, was received by the women’s council in Makhmur camp on Thursday and praised the role of women in forming a society based on democratic values, the PKK-affiliated ANF news agency reported.

“The Makhmour people, who are victims of war and conflict,” are “subjects” of the ongoing peace process and “will pave the way to return to their lands” once a “successful conclusion” is reached, Ocalan said in the letter.

In February, Ocalan made a historic prison call, and in May, the PKK announced plans to lay down arms and dissolve, which later led to Ankara creating a parliament

commission that visited him on Imrali Island in late November, saying “positive outcomes” had been achieved.

The commission has been tasked with drafting a legal framework for the peace process.

“To enable their return, a political, legal, and social foundation must be established, and the process should be addressed collectively within a political and legal framework, rather than individually or on a family basis,” Ocalan added.

The Makhmour camp, housing around 10,000 Kurdish refugees from Turkey, was built in 1998 on the outskirts of Mount Qarachough, west of Makhmour and some 60 kilometers southwest of the Kurdistan Region's capital city, Erbil.

The bulk of the camp residents fled the war between the Turkish army and the PKK in the 1990s.

The return would only be possible if recognized within a legal framework, Ocalan stressed.

The jailed leader also praised the people's resistance in maintaining their identities despite “oppressions and persecution” while being “forcibly removed from their homes and lands,” saying their names will remain in the history of the process.

Turkey considers the Makhmur camp a PKK stronghold, and its drone strikes have previously targeted suspected PKK positions.

In a speech in 2021, Turkish President Recep Tayyip Erdogan described the camp as “an incubation center for terrorism.”

Camp residents face multiple hardships, including being barred from work, medical care, and university, while many cannot renew expired refugee documents, restricting their movement at checkpoints.

Ocalan has repeatedly expressed concern over the lack of concrete measures to establish a political framework ensuring the success of the peace process.

Despite the advancement of the peace process and the halting of the PKK's four-decade-long campaign against the Turkish state, many observers have remained skeptical of the next steps, citing legal ambiguities and a lack of clarity. » Quelle: The New Region, Ocalan calls for legal framework for Makhmour camp repatriations, 5. Dezember 2025 : <https://thenewregion.com/posts/3862>

Türkiye Today, 11. August 2025:

« Turkish columnist Abdulkadir Selvi reported that the terrorist group PKK's Makhmur camp in Iraq is being dismantled as part of ongoing disarmament efforts, with a tripartite mechanism established between Türkiye's National Intelligence Organization (MIT), the regional Kurdish government, and Iraq's central government.

In his column in Turkish media outlet Hurriyet on Monday, titled "PKK's Makhmur camp is being emptied," Selvi said preparations are underway to clear the camp, which has operated since the 1990s and has been used as a base for the PKK.

The evacuation represents a significant step in what Selvi described as the "terror-free Türkiye" process aimed at complete PKK disarmament.

"The evacuation of the Makhmur camp is one of the important steps taken in this direction," Selvi wrote.

Tripartite mechanism coordinates Makhmur camp Evacuation

According to Selvi's report, Iraqi authorities have established a three-way coordination mechanism involving MIT, the Kurdish Regional Government (KRG), and Iraq's central government to oversee the Makhmur camp evacuation process.

"A tripartite mechanism consisting of MIT, regional government and central Iraqi government was established in Iraq," Selvi wrote. "Preparations began for the evacuation of Makhmur Camp, which has been operating since the 1990s and is considered PKK's breeding ground." [...] » Quelle: Türkiye Today, PKK terrorist group's Makhmur camp in Iraq being dismantled, says Turkish columnist, 11. August 2025: <https://www.turkiyetoday.com/re-gion/pkk-terrorist-groups-makhmur-camp-in-iraq-being-dismantled-says-turkish-columnist-3205292>

VOA, 21. Juni 2021:

« Turkey views Makhmour camp residents as potential PKK members rather than refugees.

'We now care about the Makhmour issue as much as Qandil,' said Turkish President Recep Tayyip Erdogan on June 1 in a live interview with the country's state-owned broadcaster TRT. [...]

Last week, the Turkish Foreign Minister Mevlut Cavusoglu was more direct, reiterating his president's threat to attack the camp. 'You need to clean this place,' he told TRT, referring to authorities overseeing the camp. 'If you can't, we'll do it.' » Quelle: Voice of America (VOA), Turkish Operation Increases Conflict Among Kurds in Iraq, 21. Juni 2021: https://www.voanews.com/a/extremism-watch_turkish-operation-increases-conflict-among-kurds-iraq/6207296.html

Wladimir van Wilgenburg, 12. August 2025:

« A group of 30 Kurdistan Workers' Party (PKK) fighters ceremonially threw their weapons into a fire on July 11 in the Jasana cave of Sulaymaniya in Iraqi Kurdistan as part of a new peace process between the Kurdistan Workers' Party (PKK) and the Turkish state. In the 1920s, the cave was used by the Kurdish leader Sheikh Mahmoud to resist British forces. The fact that the ceremony took place in Iraqi Kurdistan showed the potential repercussions the peace process may have for the area, since the PKK has been based

in Iraqi Kurdistan since 1982, after a deal with the Kurdistan Democratic Party (KDP). In 2015, the last peace process that took place failed.

Both the KDP and the Patriotic Union of Kurdistan (PUK) have expressed support for the peace process. Furthermore, a delegation from the Turkish pro-Kurdish Peoples' Equality and Democracy Party also visited the leadership of both parties, including PUK leader Bafel Talabani and KDP President Massoud Barzani. The delegation conveyed a message from the imprisoned PKK leader Abdullah Öcalan asking Barzani to visit him.

"The Kurdistan Regional Government [or KRG] has consistently supported a peaceful resolution to the Kurdish issue in [Türkiye]," Treefa Aziz, the KRG representative in the United States, declared. "We believe dialogue is the only viable path to long-term stability, and we encourage all parties to return to negotiations in good faith."

Indeed, the two ruling parties have supported peace efforts between the PKK and Türkiye since 1993. However, the situation is now different from the previous peace efforts because starting in 2019 most of the fighting between the PKK and the Turkish army has taken place in Iraqi Kurdistan, affecting and displacing local civilians. In July 2022, Turkish strikes killed nine Iraqi tourists in Zakho.

Türkiye has in recent years developed a military edge over the PKK, following the Turkish army's crackdown on an urban insurgency led by PKK militants in the Kurdish majority southeast of Türkiye after the failure of the 2015 peace process. Since 2019, the Turks have also established over 35 military points, entering 15 kilometers into Iraqi Kurdistan and driving the PKK out from parts of Duhok Governorate along the border. Last year, Türkiye was also planning an operation in the Gara mountains further inland. [...]

There has also been friction between the KDP and PKK over the thousands of Kurdish refugees in Makhmour camp who fled Türkiye during the 1990s, from which the PKK has recruited fighters. Since October 2017, Iraq has controlled Makhmour and has put pressure on the camp. Öcalan recently implied that the refugees in Makhmour could return to Türkiye. In light of this, Noreldin Waisy, press secretary and media adviser to KRG Prime Minister Masrour Barzani, underlined that the KRG fully supported any peace talks with Türkiye that "aim to bring an end to the violence and pave the way for lasting stability in the region." [...]

Devlet Bahçeli, the leader of Türkiye's far-right Nationalist Movement Party, who launched the peace process last year, recently said that he expects the process to be completed by the end of 2025. According to Mohammed A. Salih of the Philadelphia-based Foreign Policy Research Institute's National Security Program, if "the PKK lays down arms and the Turkish state reciprocates by granting some recognition of Kurdish rights within a legal framework, that would certainly be a welcome step for the KDP and PUK, and Iraqi Kurds in general." He added, "It would especially rid the border areas of conflict and the negative impact this has had on the lives of civilians in those areas. It would also help strengthen the relationship between Iraqi Kurds and Türkiye, given Türkiye's major role in regional affairs and its status as an ally of the West.

Therefore, the peace process with Türkiye, if successful, could have a major impact on the future of Iraqi Kurdistan, including its economy, tourism industry, and stability. It

could also further improve relations between Iraq and Türkiye, and between the Iraqi Kurdish parties and Türkiye, and lead to the return of refugees from the Makhmour camp. A successful process would end the Turkish flight ban on Sulaymaniyah and restore Turkish-PUK relations. Furthermore, for the KDP, the peace process could remove what it sees as territorial encroachment from a Turkish Kurdish party into Iraqi Kurdistan. Time will tell how much light there is at the end of this tunnel. » Quelle: Wladimir van Wilgenburg, Carnegie Endowment for International Peace's Middle East Pro-gram and the Malcolm H. Kerr Carnegie Middle East Center, A Sigh of Relief in Iraqi Kurdistan, 12. August 2025 : <https://carnegieendowment.org/middle-east/diwan/2025/08/a-sigh-of-relief-in-iraqi-kurdi-stan?lang=en>

Wladimir van Wilgenburg, 18. Mai 2025:

« In a major development, the Kurdistan Workers' Party (PKK) leadership announced on May 12 that the group would disband, potentially marking an end to its forty year conflict with Turkey after a peace process began between its imprisoned leader Abdullah Öcalan's and the Turkish state last October. However, much of the conflict has unfolded not in Turkey but in Iraq—and specifically the Kurdistan Region of Iraq—where Turkey has fought the PKK since the 1980s in a conflict that has threatened civilian lives, prompted internal displacement, and damaged the local economy.

Given the destabilizing role of this conflict there, the Kurdistan Democratic Party (KDP) has proven keen on a successful peace process in Turkey, since it could remove what it sees as PKK's territorial encroachment in Iraqi Kurdistan. Both the Patriotic Union of Kurdistan (PUK) and the KDP have also played mediating roles in the previous peace processes between Turkey and the PKK. [...]

Public support and Hopes for the Peace Process

With this latest peace process, the KDP has again made clear their support, publicly welcoming Öcalan's February 27 call for the PKK to disarm and expressing the KRG's readiness to contribute and play a role in advancing the peace process in Turkey, including in meetings with Turkish officials and by inviting former Turkish PM Ahmet Davutoglu, one of the architects of the previous peace process, to the MEPS Forum in Duhok in November. The pro-Kurdish Peoples' Equality and Democracy Party (DEM Party) Imrali delegations have visited the Kurdistan Region three times so far to relay messages from the PKK leader Öcalan. [...]

A peaceful end to the Turkish-PKK conflict in Turkey would have a positive impact across the border in Iraqi Kurdistan and beyond: ending the armed conflict will improve regional stability, strengthen the regional economies, and support Trump's policy goals to bring peace and end local 'forever wars'. Therefore, the KDP officials hope if both the PKK and the Turkish army withdraw from the Kurdistan Region, it would lead to more stability in these border areas, and remove a point of tensions between Turkey and Iraq.

If the PKK is removed from areas in Duhok, this could also help eventually revive the local economy and domestic tourism in these border areas, which are abundant in cold mountain streams. More than 400 villages in Duhok province have been evacuated due to the conflict. Areas in the Duhok province have attracted tourists from other parts of Iraq during

the hot summer months, such as Geli Sherane near Amedi, in spite of the active PKK-Turkish conflict in the area.

Since 2019, Turkey has also expanded its military bases and posts (having over 200 military positions in areas mostly near KDP areas) in the Kurdistan Region, and increased its drone strikes. When the PKK has withdrawn from these areas, coordination between the KDP and Turkey as well as Baghdad and Turkey to hand over these bases to the Peshmerga forces or Iraqi border guard forces would help remove a sticking point in Turkish-Iraqi relations. Previously, Baghdad has called for the removal of both the Turkish military and the PKK from Iraqi territory, and Turkey has promised to hand over the Bashiqa base in Nineveh to Iraq last year. A lack of operational need on Turkey's end may help speed this process along.

Addressing Demobilization and Reintegration of PKK Fighters

However, the biggest question is how to demobilize the estimated 5,000 PKK armed fighters in Iraqi Kurdistan, and it remains unclear where the PKK leaders and fighters will move to in the future if disarmament will take place. "If all these fighters will stay in Kurdistan, give themselves up, or if they go to Europe, that part I don't know," one KDP official said. In this case, both the KDP and the KRI's other leading party, the Patriotic Union of Kurdistan (PUK), can play a role in hosting demobilized former PKK cadre members in Iraqi Kurdistan in their respective territories of control, especially since they often do not even have legal documents to be able to travel abroad. [...]

In terms of the ultimate place of residence for these former fighters, the PUK and KDP can give these PKK members residency cards that would allow them to integrate in the local society and find work in the local economy. There are already at least hundreds of demobilized ex-PKK commanders and fighters (as well as ex-SDF fighters) living in the Kurdistan Region of Iraq, where they have found roles in the Iraqi Kurdish military forces but also civilian jobs, including in the media, construction sector, hospitality sector. Some like Aziz Waysi, a former PKK commander, joined the KDP's Zeravani security forces, while others picked up civilian life, like Osman Ocalan, the brother of Abdullah Ocalan, who lived in PUK-controlled Koya before his death and used to run his own political party. Other former PKK members have also successfully sought asylum in Europe, especially in Germany. [...]

A solution should also be found for the Kurdish refugee camp in Makhmour, which hosts more than 12,000 Kurds who fled Turkey in the 1990s and where PKK fighters are also present, and which has been regularly bombed by Turkey. The KDP may be able to leverage its relationship with Turkey to provide the refugees the option to safely return to Turkey or be allowed to settle in the Kurdistan Region, with the ultimate goal of closing the camp. [...]

The peace process in Turkey provides an opportunity to bring more peace and stability not only to Turkey, but also to the Kurdistan Region of Iraq that has borne the brunt of the fighting between the PKK and Turkey since 2019. This process could open up solutions to a series of issues there, including Kurdish refugees from Turkey stuck in Makhmour camp, a longstanding point of tension between Iraq and Turkey, and the Sinjar agreement. The Kurdish parties in Iraq can also play a key role in facilitating disarmament of PKK fighters, and help in the reintegration of ex-PKK fighters by giving them

access to identity cards and access to the local job market. Iraqi Kurdish parties support the peace talks between Turkey and the PKK because they believe the peace process could lead to the revival of local economy and tourism, and end PKK control of territory in Iraqi Kurdistan. This enthusiasm could be encouraged and supported by other stakeholders and international actors, such as the UN mission in Iraq, in order to ensure the infrastructure is in place in Iraqi Kurdistan to provide a permanent end to this decades-long conflict. » Quelle: Wladimir van Wilgenburg, Iraqi Kurds Could Facilitate and Mediate in PKK-Turkish Peace Process, 18. Mai 2025: <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/iraqi-kurds-could-facilitate-and-mediate-pkk-turkish-peace-process>

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.